

Politikbereich Entwicklung
und Zusammenarbeit
Forschungskonzept
2013–2016



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

Forschungskonzept 2013-2016

Autorinnen:

Dominique Simone Rychen (DEZA, Forschungsbeauftragte)
Sonja Stucki (DEZA, Hochschulpraktikantin)

Mitwirkung:

Barbara Affolter, Jean-Bernard Dubois, Maryline Dafflon, Patricia Gomes Vieira Mendes, Markus Heiniger, Simon Junker, Manfred Kaufmann, Debora Kern, Richard Kohli, Andreas Loebell, Ueli Mauderli, Milena Mihajlovic, Doris Romer, Annemarie Sancar, Kuno Schläfli, Carmen Thoennissen, Cyrill Troxler, Peter Tschumi, Thomas Zeller (DEZA)

Originalsprache: Deutsch

Politikbereich
Entwicklung und Zusammenarbeit

Forschungskonzept
2013-2016

Inhaltsverzeichnis

Überblick	4
1. Einleitung	5
2. Überblick Politikbereich	6
2.1. Zuständigkeiten und Abgrenzung.....	6
2.2. Die strategischen Ziele der Internationalen Zusammenarbeit.....	7
2.3. Forschung im Rahmen der Internationalen Zusammenarbeit.....	7
2.3.1. Neuausrichtung der Forschung.....	8
2.3.2. Hauptziel der Forschung.....	9
2.3.3. Grundsätze für künftige Forschungsinvestitionen	10
2.3.4. Arten von Forschungsunterstützung	10
2.4. Gesetzliche Grundlagen für Forschung.....	10
2.5. Rückblick 2008-2011	11
2.6. Finanzielle Mittel 2008-2011	12
2.7. Globale Herausforderungen.....	15
3. Thematische Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit und Forschung ..	17
3.1. DEZA-SNF Forschungsprogramm zu globalen Herausforderungen.....	17
3.1.1. Ziele	18
3.1.2. Struktur des Programmes, thematische Ausrichtung und Implementierung	18
3.2. Prioritäre Themen der Entwicklungszusammenarbeit	20
3.2.1. Klimawandel: Adaption, Wald, Energie	21
3.2.2. Landwirtschaft und Ernährungssicherheit	22
3.2.3. Wasser	23
3.2.4. Gesundheit.....	24
3.2.5. Migration.....	24
3.2.6. Grund- und Berufsbildung.....	25
3.2.7. Privatsektor und Finanzdienstleistungen.....	26
3.2.8. Staatsreform, Lokalverwaltung und gute Regierungsführung.....	27
3.2.9. Konfliktüberwindung und Krisenresistenz	27
3.2.10. Gender	28
3.3. Wissenschaftliche Kooperation mit Osteuropa	29
3.3.1. Regional Research Promotion Programme Western Balkans	29
3.3.2. SCOPES	29
4. Finanzierung 2013-2016	30
5. Wichtige Akteure in der Entwicklungsforschung	31
6. Organisation und Qualitätssicherung	34
6.1. Interne Organisation	34

6.2.	Wissenschaftliche Begleitung.....	34
6.3.	Qualitätssicherung	35
6.4.	Wissens- und Technologietransfer und Verbreitung des Wissens.....	36
7.	Abkürzungsverzeichnis.....	37
8.	Anhang	38
8.1.	Definition der Forschung der Bundesverwaltung	38
8.2.	Gesetzlicher Auftrag	38
8.3.	Koordination der Forschung der Bundesverwaltung.....	39
8.4.	Evaluation der Qualitätssicherung und Nutzung der Ergebnisse in der Forschung der Bundesverwaltung	42

Überblick

Rückblick

Im Rahmen ihrer Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit hat die Schweiz eine lange Tradition, Forschung zu unterstützen. Im Vordergrund stehen Themen wie Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit, Umwelt, Konflikt und Transformation, Gesundheit, Wasser, Ressourcenmanagement, Klimawandel, Migrationsursachen, Gouvernanz und Gender. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) leistet Beiträge an Forschungsprojekte von Schweizer Forschungsinstitutionen, deren Resultate in die Programmarbeit oder den thematischen Politikdialog einfließen und zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele beitragen. Unterstützt werden auch internationale Forschungsnetzwerke und -programme, die wissenschaftliche Grundlagen für die Lösung von Entwicklungs- und Transitionsproblemen liefern.

Die langfristigen Investitionen der DEZA in partnerschaftlich orientierte Nord-Süd- bzw. West-Ost-Forschungsprogramme haben wesentlich zur Stärkung von Forschungskapazitäten im Bereich Entwicklung und Zusammenarbeit und zum Aufbau von Forschungsnetzwerken zwischen Schweizer Forschungsinstitutionen und Forschungsinstitutionen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa beigetragen.

Im Jahre 2009 wurde eine Evaluation des gesamten Forschungsportfolios der DEZA durchgeführt. Auf der Grundlage der Ergebnisse hat die DEZA ihre Forschungsförderung neu ausgerichtet.

Ausblick

Forschung und Innovationen sind entscheidende Faktoren für eine nachhaltige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung, in reichen wie in armen Ländern. In Zukunft soll die von der öffentlichen Entwicklungshilfe finanzierte Forschung verstärkt auf die Lösung globaler Probleme sowie auf die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter, wie u.a. Klimastabilität, Ernährungs- und Energiesicherheit, Wasser sowie Gesundheit, ausgerichtet werden. Die Zusammenarbeit mit Schweizer Forschungsinstitutionen und ihren Partnern in Afrika, Asien und Lateinamerika wird im Hinblick auf Fragen des globalen Wandels und einer nachhaltigen Entwicklung weiter an Bedeutung gewinnen.

Partnerschaftlich ausgerichtete, interdisziplinäre und transdisziplinäre Forschung in und mit Entwicklungs- und Schwellenländern ermöglicht es Schweizer Forschenden in globalen Netzwerken gemeinsam an aktuellen Themen zu forschen und damit der wachsenden Nachfrage nach innovativen Lösungsansätzen für globale Probleme gerecht zu werden.

Als eine Antwort auf globale Herausforderungen wurde 2011 gemeinsam mit dem Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung (SNF) ein längerfristiges Forschungsprogramm für entwicklungsrelevante Forschung zur Lösung von globalen Problemen («global issues») in armen Ländern entwickelt: Das neue gemeinsame «Swiss Programme for Research on Global Issues for Development» (www.r4d.ch) wird 2012 mit den ersten Ausschreibungen starten.

Im Westbalkan soll die Förderung der Sozialwissenschaften verstärkt werden. Vorgesehen ist ferner die Fortsetzung der Unterstützung von transitionsrelevanten schweizerisch-osteuropäischen Forschungspartnerschaften und –aktivitäten im Rahmen des Erweiterungsbeitrages an die Europäische Union (EU).

1. Einleitung

Das vorliegende Forschungskonzept orientiert sich an der strategischen Ausrichtung der Internationalen Zusammenarbeit zur Reduktion von Armut und globalen Risiken¹ (IZA) und der neuen Forschungspolitik der DEZA.

Der globale Wandel hat die Rahmenbedingungen für die IZA grundlegend verändert. Mit den geopolitischen und wirtschaftlichen Verschiebungen und den vielschichtigen globalen Herausforderungen wird die traditionelle Nord-Süd- und Ost-West-Zusammenarbeit zunehmend von einer internationalen Zusammenarbeit in globalen Fragen ergänzt bzw. abgelöst. Globale Risiken, welche insbesondere die Entwicklungschancen und –perspektiven armer Länder beeinträchtigen, können nur durch gemeinsame Verantwortung und Anstrengungen der internationalen Zusammenarbeit gelöst werden.

Für die Reduktion von Armut und globalen Risiken sind wissenschaftliche Grundlagen sowie technologische, soziale und politische Innovationen notwendig. Forschung und Innovation spielen deshalb bei der Lösung von Zukunftsproblemen eine Schlüsselrolle und gehören zu den zentralen Triebkräften einer entwicklungs- und klimaförderlichen gesellschaftlichen Transformation.

In Einklang mit den strategischen Zielen der IZA und gestützt auf die unabhängige Gesamtevaluation des Forschungsportfolios² hat die DEZA ihre Forschungspolitik neu definiert. Forschung soll stärker fokussiert und auf die Lösung globaler Probleme sowie die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter (wie Gesundheit, Umwelt (insbesondere Klimastabilität), Frieden, Sicherheit, Wasser, Ernährungssicherheit) in armen Ländern ausgerichtet werden. Forschung, die über öffentliche Entwicklungshilfe finanziert wird, ist im Unterschied zur Ressortforschung anderer Bundesämter³ international ausgerichtet und hat einen klaren Fokus auf die Reduktion von Armut und globalen Risiken in Entwicklungsländern.

Zur Erreichung der langfristigen Ziele der IZA werden im Rahmen der Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit auch in Zukunft jährlich rund CHF 50 Mio. in Forschung – in Form von Aufträgen und Beiträgen bzw. als Komponente von Entwicklungsprojekten – investiert.

¹ Diese wird verstanden als Weiterführung der internationalen humanitären Hilfe (DEZA), der technischen Zusammenarbeit und Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern (DEZA), der Zusammenarbeit mit Osteuropa (DEZA) und der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (SECO).

² Evaluation SDC's Research Related Activities (2010):

<http://www.admin.ch/dokumentation/studien/detail/index.html?lang=de&studienid=19>

³ Siehe insbesondere Forschungskonzepte zu Gesundheit, Umwelt, Landwirtschaft, Energie, nachhaltige Raumentwicklung und Mobilität, Sicherheits- und Friedenspolitik, Berufsbildung, nachhaltiger Verkehr und soziale Sicherheit.

2. Überblick Politikbereich

2.1. Zuständigkeiten und Abgrenzung

Die DEZA ist die Agentur für internationale Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Sie koordiniert die Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit der Bundesämter und ist zuständig für die humanitäre Hilfe des Bundes.

Die DEZA engagiert sich mit eigenen Projekten, unterstützt Programme multilateraler Organisationen und finanziert Programme in vier operationellen Bereichen⁴:

- Die *Regionale Zusammenarbeit*: Sie leitet die bilaterale Kooperation mit Ländern im Mittleren Osten, Afrika, Asien und Lateinamerika.
- Die *Globale Zusammenarbeit*: Im multilateralen Bereich arbeitet sie unter anderem mit den Organisationen des UNO-Systems und der Weltbank zusammen. Mit den thematischen Globalprogrammen in den Bereichen Klimawandel, Ernährungssicherheit, Wasser, Migration sowie Gesundheit trägt sie zur Lösung globaler Herausforderungen bei.
- Die *Ostzusammenarbeit*: Sie unterstützt demokratische und marktwirtschaftliche Reformen im Westbalkan und der ehemaligen Sowjetunion. Zentrale Anliegen der Transitionshilfe sind der Aufbau demokratischer Institutionen, Reformen im Gesundheits- und Sozialwesen sowie Verbesserungen im Umweltbereich.
- Die *Humanitären Hilfe*: Humanitäre Hilfe wird in neun Regionen geleistet. Ziel ist es, Leben zu retten und das allgemeine Leiden zu lindern.

Der Leistungsbereich Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) ist zusammen mit der DEZA für die Konzeption und Umsetzung der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, Staaten Osteuropas und Zentralasiens (Transitionshilfe) sowie den zehn neuen EU-Staaten (Erweiterungsbeitrag) zuständig. Das SECO konzentriert sich mit seinen Projekten zur Förderung eines nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums auf die Schaffung marktwirtschaftlicher Grundlagen und die Integration der Partnerländer in die Weltwirtschaft. Das SECO kann im Rahmen seiner Zuständigkeitsbereiche Forschungsaufträge erteilen.

Forschung im Rahmen des EU-Erweiterungsbeitrages

Mit dem Erweiterungsbeitrag investiert die Schweiz in Stabilität und Wohlstand der erweiterten EU. Empfänger sind Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien, Malta und Zypern.

Im Rahmen des Erweiterungsbeitrages werden Forschung und Innovation gefördert sowie wissenschaftliche Netzwerke gestärkt. In Polen, Litauen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien werden gemeinsame Forschungsprojekte zwischen den Empfangsländern und der Schweiz unterstützt. Die Forschungsthemen reichen von Umwelt, Gesundheit, Nanotechnologie, Energie, Informations- und Kommunikationstechnologie bis hin zu allgemeinen Naturwissenschaften.

Das sciex-NMS^{ch}, ein wissenschaftliches Austauschprogramm zwischen der Schweiz und den neuen EU-Mitgliedstaaten, bietet jungen WissenschaftlerInnen die Möglichkeit, ihre Forschungskompetenzen im Rahmen eines Arbeitsaufenthaltes in der Schweiz weiterzuentwickeln.

Forschung im Rahmen des EU-Erweiterungsbeitrages ist ein Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU. Es handelt sich

⁴ http://www.deza.admin.ch/de/Home/Die_DEZA/Kurzportraet

dabei nicht um Aktivitäten der öffentlichen Entwicklungshilfe im Rahmen der IZA. Insofern werden sie nicht dem Politikbereich Entwicklung und Zusammenarbeit zugeordnet und im vorliegenden Konzept auch nicht weiter thematisiert.

Detaillierte Informationen sind auf der Webseite www.erweiterungsbeitrag.admin.ch abrufbar.

2.2. Die strategischen Ziele der Internationalen Zusammenarbeit

Das übergeordnete Ziel der IZA ist eine nachhaltige globale Entwicklung zur Reduktion von Armut und globalen Risiken und zur Sicherung globaler öffentlicher Güter.

Hierzu dienen fünf gleichwertige strategische Ziele:

1. *Krisen, Konflikte und Katastrophen vorbeugen und überwinden*
Im Fokus stehen die Prävention und Verminderung von Risiken bei Naturgefahren, Gewaltkonfliktprävention, humanitäre Hilfe in Notsituationen, Konfliktbearbeitung, Staats- und Wiederaufbau sowie Reform des Sicherheitssektors.
2. *Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen für alle schaffen*
Es geht primär um Armutsreduktion durch eine solide, umweltschonende und sozialverträgliche Entwicklung in armen Ländern. Mit Ressourcen ist hier gemeint: menschliche Behausung, genügend Nahrung, sauberes Wasser, Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Bei den Dienstleistungen wird der Fokus auf das Bildungs- und Gesundheitssystem eines Landes gerichtet.
3. *Nachhaltiges Wirtschaften fördern*
Die Schwerpunkte sind Finanzstabilität und gute Regierungsführung; hierzu gehören ein nachhaltig wachsender Handel, Privatsektorentwicklung, der Ausbau von Finanzdienstleistungen, die Finanzierung und Bewirtschaftung der Infrastruktur, Massnahmen zur nachhaltigen städtischen Entwicklung sowie marktwirtschaftliche Systeme.
4. *Transition zu demokratischen, marktwirtschaftlichen Systemen unterstützen*
Die Schwerpunkte sind die Stärkung der Parlamente, Demokratisierung, Staatsreform und Lokalverwaltung sowie marktwirtschaftliche Systeme.
5. *Entwicklungsfördernde, umweltschonende und sozialverträgliche Globalisierung mitgestalten*
Zentral für die Erreichung dieses Zieles sind verlässliche und auf internationaler Ebene ausgehandelte verbindliche Regelwerke. Entwicklungsfördernde internationale Spielregeln bieten armen Ländern bessere Chancen, ihre umweltpolitischen Rechte wahrzunehmen und sich nachhaltig in den Weltmarkt zu integrieren.

2.3. Forschung im Rahmen der Internationalen Zusammenarbeit

Forschung und das Bereitstellen von neuen Erkenntnissen spielen in allen Bereichen der IZA eine zunehmend stärkere Rolle. Technologische, soziale und politische Innovationen sind entscheidende Faktoren für eine nachhaltige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung in reichen wie in armen Ländern.

Im Rahmen der IZA 2013-2016 wird die Forschung fokussiert und stärker auf die Lösung globaler Probleme, den Umgang mit Unsicherheiten, Risiken und Krisen sowie auf die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter wie u.a. Gesundheit, Umwelt (insbesondere Klimastabilität), Biodiversität, Wasser, Ernährungssicherheit, menschliche Sicherheit, Markt- und Finanzstabilität ausgerichtet.

Die Zusammenarbeit mit Schweizer Forschungsinstitutionen wie Universitäten, Eidgenössische Technische Hochschulen (ETH), Schweizerisches Tropen- und Public Health Institut, Institut de

hautes études internationales et du développement (IHEID) sowie Fachhochschulen und ihren Forschungspartnern in Afrika, Asien und Lateinamerika wird im Hinblick auf die aktuellen und drängenden Fragen des globalen Wandels und der nachhaltigen Entwicklung weiter an Bedeutung gewinnen.

Definition von Forschung

In Anlehnung an das Frascati Manual der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)⁵ und in Konsultation mit Forschungsvertretern der Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern (KFPE) wurde eine Arbeitsdefinition für Forschung formuliert. Diese soll die Erfassung von Forschungsprojekten bzw. Entwicklungsprojekten mit einer Forschungskomponente sowie die Abgrenzung von anderen Aktivitäten, wie z.B. Beratung, Unterricht, Implementierung von Entwicklungsprojekten durch Universitäten und Hochschulen, erleichtern.

Die Arbeitsdefinition für Forschung lautet:

- (Wissenschaftliche) Forschung ist eng mit der Erzeugung, Interpretation oder Anwendung von Wissen verbunden. Es handelt sich hierbei um kreative, innovative Untersuchungen, welche sich einer wissenschaftlichen Methode im Bereich der Sozial- und Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Biowissenschaften, Natur- und Umweltwissenschaften, Erdwissenschaft, Ingenieurwissenschaften, Medizin und Pharmazie, Mathematik oder Geisteswissenschaften bedienen.
- (Wissenschaftliche) Forschung basiert auf Forschungsfragen, wobei als allgemeine Grundlage Hypothesen generiert werden. Es kann sich um Grundlagenforschung oder anwendungsorientierte Forschung handeln.

Die Einbindung der Forschung in die IZA ist auch ein Beitrag zur Sicherung des Forschungsstandortes Schweiz; genauso wie die Forschung, die über die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) finanziert wird, einen Beitrag zur Lösung globaler Probleme und Herausforderungen der IZA leisten kann.

2.3.1. Neuausrichtung der Forschung

Die Direktion der DEZA hat im Jahr 2009 eine Gesamtevaluation der Forschungsaktivitäten⁶, welche mit öffentlicher Entwicklungshilfe (APD) unterstützt werden, in Auftrag gegeben. Die Evaluation wurde von The Policy Practice Ltd. durchgeführt. Der Schlussbericht «Evaluation of SDC's Research Related Activities»⁷ vermittelt eine ausführliche Darstellung und Problematisierung der forschungsbezogenen Aktivitäten der DEZA.

Positiv bewertet das internationale Evaluationsteam insbesondere die Unterstützung von relevanter Forschung, den Aufbau von Forschungskompetenzen, namentlich via Forschungspartnerschaften, die Rolle der DEZA bei der Entstehung einer «Entwicklungsforschungs-Community» in der Schweiz sowie den «joint-funding»-Mechanismus mit dem SNF.

In verschiedenen Punkten fielen die Resultate der Evaluation kritisch aus: Keine klare Verbindung der von der DEZA finanzierten Forschung mit den strategischen Zielen der IZA; nicht überzeugende Begründung, warum die DEZA Entwicklungsforschung unterstützt; oftmals feh-

⁵ Frascati Manual: Proposed Standard Practice for Surveys on Research and Experimental Development (2002)

⁶ Nicht berücksichtigt wird die Forschungsförderung in den neuen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der Europapolitik.

⁷ Evaluation of SDC's Research Related Activities (2010):

<http://www.admin.ch/dokumentation/studien/detail/index.html?lang=de&studienid=19>

lende transparente und nachvollziehbare Kriterien, was finanziert werden soll und was nicht; wenig inhaltlicher Austausch zwischen der DEZA und den Hochschulen und Universitäten und schliesslich nur ungenügende Nutzung der Forschungsergebnisse.

Gestützt auf diese Ergebnisse und der langjährigen Erfahrung mit verschiedenen Förderinstrumenten wurde 2010 die allgemeine Stossrichtung für neue Forschungspolitik⁸ festgelegt. Die Forschungspolitiken aus den Jahren 1993 und 2002 wurden damit ersetzt.

Beim dezentralisierten Teil des Forschungsportfolios (rund 80%), d.h. bei den Forschungsaufträgen und -beiträgen an internationale Organisationen und Netzwerke sowie den Programmbeiträgen im Rahmen der strategischen Schwerpunkte der Globalen Zusammenarbeit bzw. der Programme der Regionalen Zusammenarbeit und Ostzusammenarbeit geht es insbesondere darum, die Qualitätssicherung und das ergebnisorientierte Management zu verstärken.

Ein grosser Reformbedarf wurde hingegen bei der thematisch offenen Nord-Süd-Forschung geortet, die zentral vom Forschungsdesk der DEZA verwaltet wird. Die bisherigen Nord-Süd-Programme werden in der heutigen Form nicht weiter geführt bzw. laufen aus. Die dafür verwendeten Mittel werden in ein neues Programm für partnerschaftliche, interdisziplinäre und transdisziplinäre Forschung zu globalen Herausforderungen investiert, das gemeinsam mit dem SNF realisiert wird. Mit dem neuen Programm werden Voraussetzungen für eine effizientere und wirksamere, entwicklungsorientierte Forschung in Einklang mit den strategischen Zielen der IZA geschaffen (vgl. Kapitel 3.1). Insbesondere kann die inhaltliche Begleitung der Forschungsaktivitäten und der Austausch über relevante Forschungsergebnisse mit der Wissenschaft seitens DEZA mit der Neuausrichtung der Nord-Süd-Forschung besser gewährleistet werden.

2.3.2. Hauptziel der Forschung

Im Rahmen der IZA wird die Produktion von neuen Erkenntnissen, innovativen Ansätzen sowie die Nutzbarmachung des wissenschaftlichen Wissens neu als Hauptziel der Forschung definiert. Wissenschaftsbasierte Konzepte, Methoden, Technologien, Produkte und Tools sollen identifiziert, entwickelt, validiert und in Politik und Praxis angewendet werden. Dies setzt einen iterativen Austausch mit Schlüsselakteuren als integraler Teil des Forschungsprozesses voraus. Von zentraler Bedeutung für die IZA ist demnach Forschung, die problem-, lösungs- und anwendungsorientiert ist.

Dabei gilt es zu unterscheiden zwischen:

a) Produktion von Wissen und Konzepten als ein globales öffentliches Gut

- für die Lösung von Entwicklungs-, Transitions- und globalen Problemen
- für evidenzbasierte Politik und den thematischen Politikdialog

b) Produktion von Wissen und Konzepten für die DEZA (Ressortforschung)

- zur direkten Unterstützung der Policy- und Programmarbeit der Zentrale und der Kooperationsbüros in den Schwerpunktländern
- zur Erhöhung der Qualität der Schweizer IZA

Der Aufbau eigentlicher Forschungskapazitäten in Entwicklungsländern ist eine Aufgabe, welche den Rahmen der Schweizer IZA übersteigt, aber im Rahmen multilateraler Organisationen und Geberkoordinationsforen vorangetrieben werden soll. APD-unterstützte Forschungsaktivitäten sollen jedoch so ausgestaltet werden, dass diese zur Stärkung von Forschungskompetenzen

⁸ Evaluation of SDC's Research Related Activities (2010, S. 6-11):
<http://www.admin.ch/dokumentation/studien/detail/index.html?lang=de&studienid=19>

zen und Forschungsnetzwerken in entwicklungsrelevanten Feldern beitragen und sich positiv auf das institutionelle Forschungsumfeld in der Schweiz und den Partnerländern auswirken.

2.3.3. Grundsätze für künftige Forschungsinvestitionen

Bei APD-finanzierter Forschung sind insbesondere folgende Grundsätze zu beachten:

- Der Bezug zu den langfristigen strategischen Zielen und thematischen Schwerpunkten der IZA muss gegeben sein.
- Die Forschungsfreiheit in Bezug auf Forschungsfragen und Methodenwahl wird respektiert.
- Bei der Vergabe von Fördermitteln an Forschungsprogramme und -projekte gilt das Wettbewerbsprinzip, sofern es sich nicht um Beiträge im Rahmen von strategischen Partnerschaften handelt.
- Förderungswürdig ist Forschung, die sowohl exzellent als auch entwicklungsrelevant und innovativ ist.
- Die Anwendung bzw. Umsetzung der Forschungsergebnisse hat einen hohen Stellenwert.
- Forschende setzen sich mit den potentiellen Auswirkungen der erwarteten Ergebnisse für die Lösung globaler Probleme in Entwicklungsländern bzw. mit dem Nutzen der erwarteten Ergebnisse für arme Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern und potentiellen Anwendungsmöglichkeiten der Resultate in Praxis und Politik auseinander.
- Forschungszusammenarbeit ist partnerschaftlich ausgerichtet. Die elf Prinzipien der KFPE dienen als Referenzrahmen.
- Wo angebracht und sinnvoll arbeitet die DEZA im Forschungsbereich mit anderen Gebern zusammen und koordiniert ihre Forschungsunterstützung auf nationaler und internationaler Ebene.

2.3.4. Arten von Forschungsunterstützung

Im Rahmen der IZA werden Aufträge bzw. Mandate erteilt und Beiträge entrichtet. Neben spezifischen Forschungsprogrammen können Entwicklungsprogramme oder -projekte auch eine Forschungskomponente enthalten. Der Forschungsanteil variiert je nach Projekt.

Bei Aufträgen oder Mandaten handelt es sich um Projekte der DEZA, die durch Dritte ausgeführt werden. Die DEZA als Auftraggeberin trägt dabei die volle Steuerungsverantwortung. Bei Forschungsbeiträgen handelt es sich um finanzielle Beteiligungen. Die Verantwortungsteilung sowie die Steuerung und Rechenschaftsablegung werden mit der Partnerorganisation ausgehandelt und vertraglich festgelegt.

2.4. Gesetzliche Grundlagen für Forschung

Gemäss Artikel 54 der Bundesverfassung trägt der Bund „zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“ bei. Darauf stützen sich das Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 19. März 1976⁹ und die entsprechende Verordnung vom 12. Dezember 1977. In Artikel 29 ist die Förderung der wissenschaftlichen Forschung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe durch die DEZA explizit festgeschrieben. Das SECO kann im Rahmen seiner Zuständigkeitsbereiche ebenfalls Forschungsaufträge erteilen.

⁹ Der Bundesrat hat in einem Bericht, der im Januar 2010 verabschiedet wurde, festgehalten, dass das Gesetz über die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe aus den 70er Jahren nach wie vor eine geeignete und ausreichende Grundlage für die heutige Tätigkeiten der DEZA und des SECO darstellt.

Forschung im Rahmen der OZA stützt sich auf das Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und die entsprechende Verordnung vom 6. Mai 1992.

Forschung, die über APD finanziert wird, muss sich an den langfristigen strategischen Zielen und Prioritäten der IZA orientieren.

Für die Periode 2013-16 liefert die neue Botschaft der IZA¹⁰ eine umfassende Strategie, welche erstmals alle Bereiche der IZA abdeckt, die Verknüpfung mit den fünf aussenpolitischen Zielen und der Aussenwirtschaftsstrategie der Schweiz darlegt, die Stossrichtung des Bundes in den verschiedenen Fachgebieten aufzeigt und den ganzheitlichen Einsatz der bilateralen, multilateralen, globalen und nichtstaatlichen Instrumente erklärt.

2.5. Rückblick 2008-2011

In der Legislaturperiode 2008-2011 leistete die DEZA Beiträge an Forschungsprojekte von Schweizer Universitäten und Hochschulen, deren Resultate in die Programmarbeit oder den thematischen Politikdialog einfließen und zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele beitragen. Unterstützt wurden auch internationale Forschungsnetzwerke, insbesondere der Consultative Group on International Agricultural Research (CGIAR), verschiedene thematische Forschungsprogramme, wie das European Union Water Initiative Research Area Network (SPLASH), sowie eine Reihe von mehrjährigen Forschungspartnerschaftsprogrammen (Nationale Forschungsschwerpunkt (NFS) Nord-Süd; DEZA-SNF Programm für die Förderung von Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern; Fonds der École polytechnique fédérale de Lausanne (EPFL), Programm für die Förderung von Forschungspartnerschaften der Schweizerischen Fachhochschulen mit Entwicklungs- und Transitionsländern; Nord-Süd-Zentrum der ETH Zürich: Research Fellow Partnership Programme (RFPP) und Forschungsbeitrag Landwirtschaft; Scientific Cooperation between Eastern Europe and Switzerland (SCOPES) sowie Jeunes Chercheurs und Echanges Universitaires).

In der Publikation und auf der Webseite der KFPE¹¹ werden erfolgreiche Projekte vorgestellt, die im Rahmen von Nord-Süd-Forschungsprogrammen, welche die DEZA mitfinanziert hat, realisiert wurden. Die Kommission zeigt anhand von Praxisbeispielen auf, was regionenübergreifende Forschung leisten kann und durchleuchtet die sich stark ändernden Herausforderungen.

Im Westbalkan wurden spezifisch die Sozialwissenschaften unter Betonung der regionalen Zusammenarbeit gefördert.

Die langfristigen Investitionen der DEZA in partnerschaftlich orientierte Nord-Süd- bzw. West-Ost-Forschungsprogramme haben wesentlich zur Stärkung von Forschungskompetenzen im Bereich der Entwicklung und Zusammenarbeit sowie zum Aufbau von Forschungsnetzwerken zwischen Schweizer Forschungsinstitutionen und solchen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa beigetragen.

Im Jahre 2009 wurde eine Evaluation des gesamten Forschungsportfolios¹² der DEZA durchgeführt. Auf der Grundlage der Evaluationsergebnisse hat die DEZA ihre Forschungspolitik neu definiert (vgl. Kapitel 2.3.1, 2.3.2 und 2.3.3).

¹⁰ http://www.deza.admin.ch/de/Dossiers/ressources/resource_de_208305.pdf

¹¹ http://www.kfpe.ch/projects/success_stories/electronic_appendix/

¹² <http://www.admin.ch/dokumentation/studien/detail/index.html?lang=de&studienid=19>

2.6. Finanzielle Mittel 2008-2011

Forschung wird nicht über ein spezifisches Forschungsbudget finanziert und gesteuert. Die Forschungsinvestitionen belaufen sich in etwa auf CHF 50 Mio. jährlich. Es handelt sich dabei um einen Richtwert.

Bei der Ermittlung der jährlichen Ausgaben sind jeweils die effektiven Auszahlungen massgebend. Die jährlichen Schwankungen beruhen im Wesentlichen auf dem Auszahlungsmodus innerhalb von Projektzyklen; diese können insbesondere bei längerfristig angelegten Projekten relativ stark variieren.

Forschungsinvestitionen nach Aufträgen und Beiträgen (in tausend Franken)

Jahr	Beiträge	Aufträge*	TOTAL
2008	33'124	14'731 (10'575**)	47'855
2009	36'564	16'893 (9'120**)	53'457
2010	37'612	18'483 (10'657**)	56'096
2011	33'668	19'816	53'484

* Aufgrund der von der BFT-Steuerungsgruppe vorgegebenen Berechnungsformel für Forschungsaufträge (der Forschungsanteil wird nicht berücksichtigt) werden bei den Aufträgen der DEZA die Aufwendungen für Forschung überbewertet (2009: %-Anteil Nicht-Forschung bei Aufträgen der DEZA: 46%). Es handelt sich dabei um Entwicklungsprojekte, die nur eine Forschungskomponente beinhalten.

** Gemäss BFS-/OECD-Statistik: F+E Betrag (Berücksichtigung des Forschungsanteils)

Forschungsinvestitionen nach Rahmenkrediten (in tausend Franken)

Jahr	Südkredit	Ostkredit	TOTAL
2008	45'746	2'109	47'855
2009	47'636	5'817	53'453
2010	49'810	6'288	56'098
2011	47'828	5'656	53'484

Die DEZA hat in den letzten vier Jahren Forschung in den folgenden Schwerpunktthemen¹³ unterstützt:

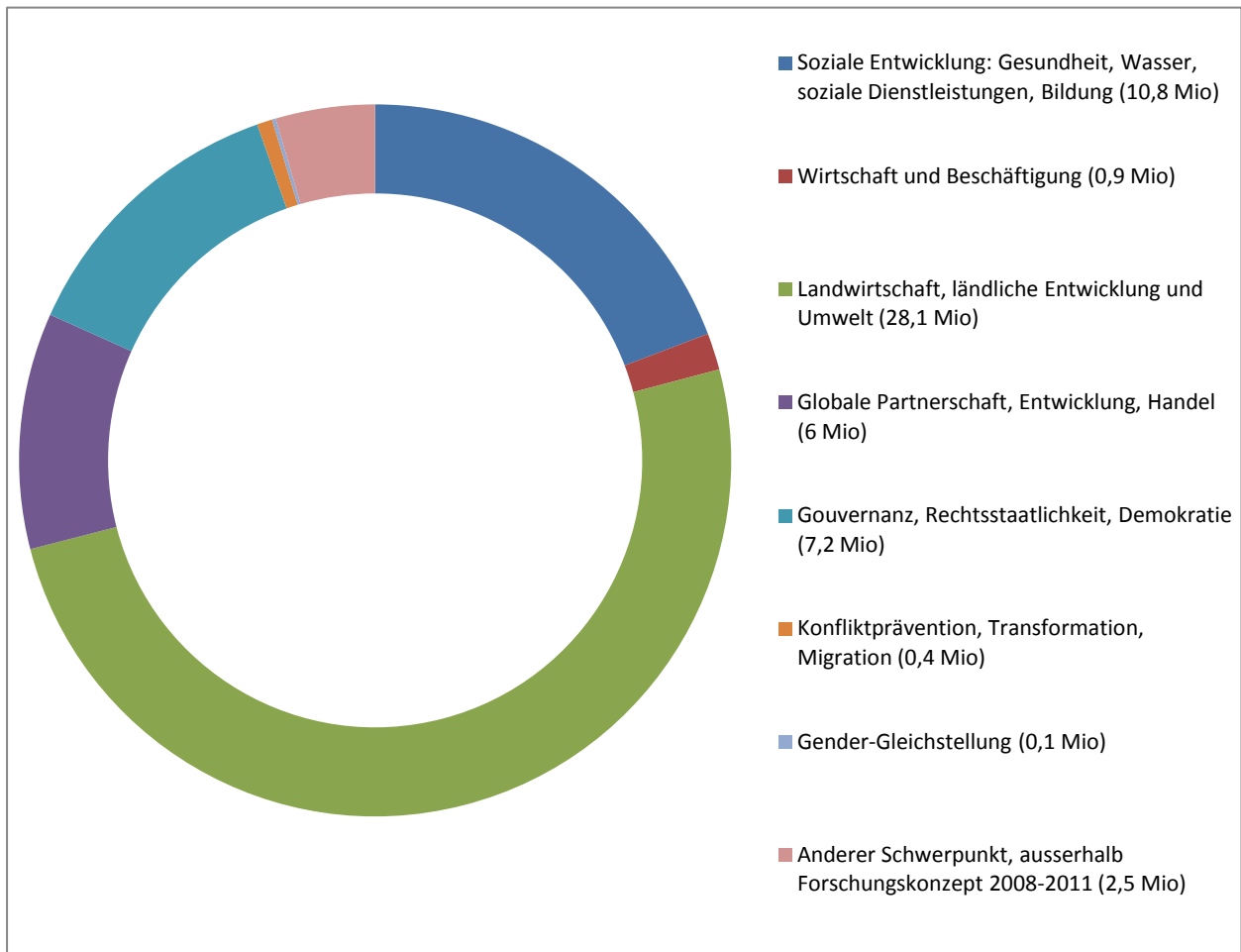
- Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Umwelt
- Soziale Entwicklung (insbesondere Gesundheit), Wasser, soziale Dienstleistungen, Bildung
- Gouvernanz, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie
- Globale Partnerschaft, Entwicklung, Handel
- Wirtschaft und Beschäftigung
- Konfliktprävention, Transformation, Migration
- Gender-Gleichstellung

Die weitaus grösste Forschungsinvestition der DEZA (vgl. Grafik 1) ist ihr multilaterales Engagement in der internationalen Landwirtschaftsforschung der CGIAR. Die Schweiz unterstützt das CGIAR seit dessen Gründung 1971. Das CGIAR wird direkt vom Globalprogramm Ernährungssicherheit der DEZA betreut, das die Schweiz als eines der zehn grössten Geberländer in den Steuerungs- und Entscheidungsgremien des CGIAR (Fund Council Sitz: 2011-2013) vertritt. Die DEZA hat die Möglichkeit direkt auf die strategische Ausrichtung und Steuerung des CGIAR Einfluss zu nehmen und diese Kenntnisse in bilaterale Projekte einzuspeisen. Der multilaterale Charakter der CGIAR-Unterstützung, und die direkte Betreuung der bilateralen Forschungsprojekte die vom CGIAR in Entwicklungsländern umgesetzt werden, unterscheiden sich von andern Forschungsaktivitäten der IZA. Mit den strategischen Zielen «food for people», «policies for people» und «environment for people» unterstützt das CGIAR: i) die Beschleunigung einer nachhaltigen Steigerung der Produktivität und Produktion von gesunder Nahrung von und für die Armen; ii) die politischen und institutionellen Veränderungen, die das landwirtschaftliche Wachstum ankurbeln und Gerechtigkeit zugunsten der Armen fördern, insbesondere auch zugunsten von Frauen auf dem Lande sowie anderer benachteiligter Gruppen; und iii) die Erhaltung, Verbesserung und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen und Biodiversität, um die Lebensbedingungen der Armen und deren Widerstandsfähigkeit in Bezug auf Auswirkungen des Klimawandels und andere Faktoren zu verbessern.

Als zweit- und drittgrösste thematische Sektoren unterstützt die DEZA Forschung in den Bereichen soziale Entwicklung sowie Gouvernanz, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

¹³ Es handelt sich dabei um Fachkategorien der DEZA vor der Reorganisation 2008. Diese werden in Zusammenhang mit dem neuen Rahmenkredit angepasst.

Grafik 1: Forschungsinvestitionen nach Themen (2010)

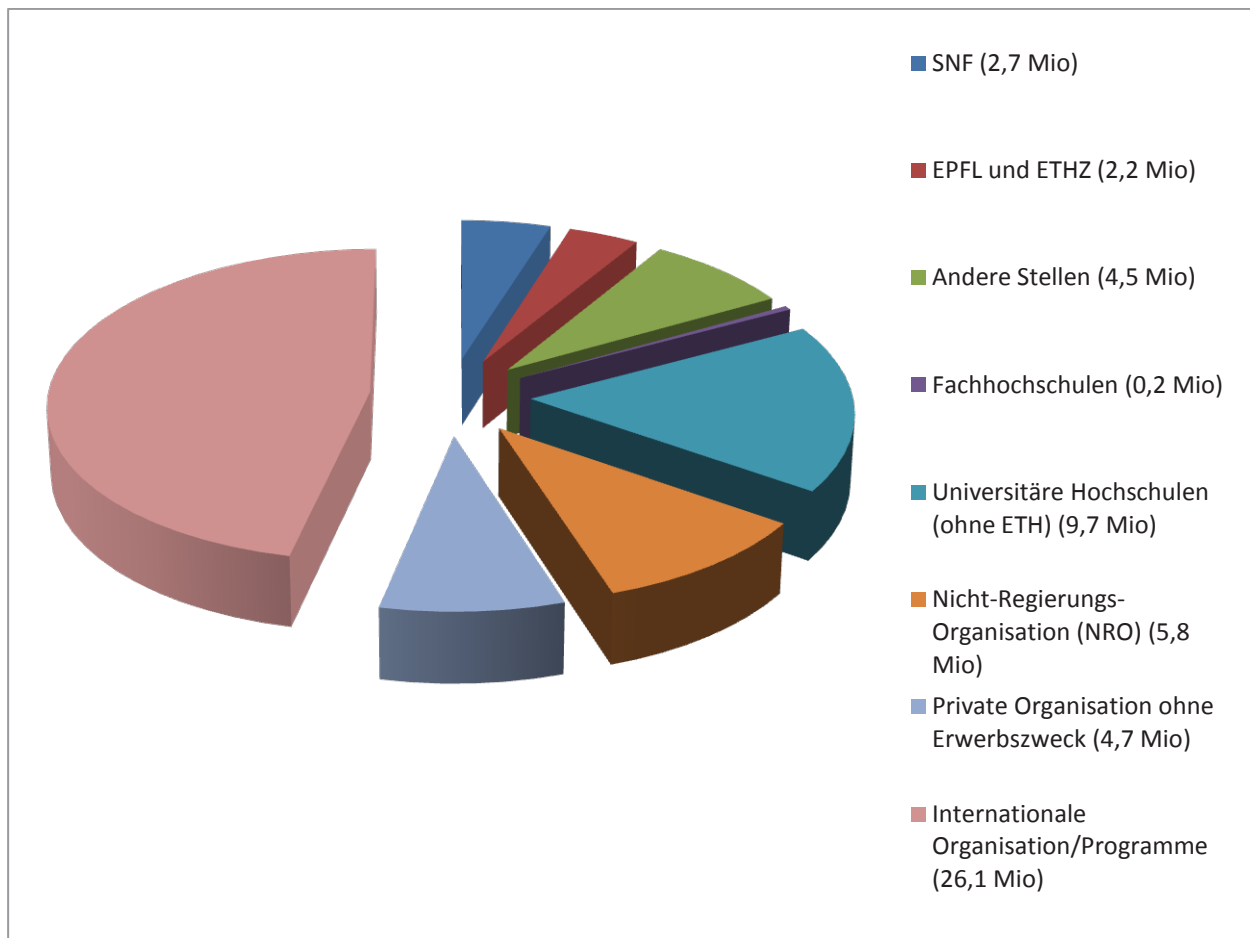


(Quelle: ARAMIS-Datenbank, www.aramis.admin.ch)

Der grösste Betrag nach Empfänger­kategorie (vgl. Grafik 2) geht an internationale Organisationen, und zwar an das CGIAR, welche eine strategische Partnerschaft verschiedener Geber darstellt, die 15 internationale Zentren unterstützt und mit Hunderten staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen sowie Privatunternehmen der ganzen Welt zusammenarbeitet. Zu den CGIAR-Gebern zählen sowohl Entwicklungs- als auch Industrieländer, internationale und regionale Organisationen sowie private Stiftungen.

Bei den finanziellen Mitteln an Hochschulen handelt es sich in vielen Fällen um Beiträge für die Implementierung von Forschungsprogrammen in und mit Entwicklungsländern. Seit 2001 unterstützt die DEZA den NFS Nord-Süd mit jährlich CHF 3.5 Mio. Der Beitrag der DEZA für die Südforschung wird von der Universität Bern, als «leading house» des National Centre of Competence in Research (NCCR) Nord-Süd, verwaltet. Mit einem Netzwerk von mehr als 400 Forschenden in über 40 Ländern weltweit, forscht das NFS Nord-Süd nach praktikablen und nachhaltigen Lösungsansätzen zu konkreten Herausforderungen des globalen Wandels. Bezeichnend für alle Aktivitäten ist die enge Partnerschaft zwischen Forschungsinstitutionen und Forschenden aus der Schweiz, Afrika, Asien und Lateinamerika.

Grafik 2: Ausgaben nach Empfänger-Kategorie (2010)



(Quelle: ARAMIS-Datenbank, www.aramis.admin.ch)

2.7. Globale Herausforderungen

Verstärkte Interdependenz – Chancen und Risiken

Die Globalisierung von Wissen, Produktion, Handel, Finanzflüssen, Dienstleistungen, Information und Kultur bietet viele Chancen, birgt aber auch Risiken, und stellt die IZA vor neue Herausforderungen.

Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien, Südafrika, Südkorea und Indonesien gewinnen an wirtschaftlicher Stärke und beeinflussen zunehmend die Gestaltung der internationalen Wirtschafts-, Finanz-, Energie-, Klima-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Mit ihrem überdurchschnittlichen Wachstum beeinflussen Schwellenländer zudem den Entwicklungsprozess armer Länder: Sie erhöhen die Nachfrage nach Rohstoffen und Nahrungsmitteln, konkurrieren mit der lokalen Konsumgüterproduktion in Entwicklungsländern und wirken als Modelle für erfolgreiche Entwicklungsstrategien. Die Herausforderung der internationalen Gemeinschaft liegt darin, Schwellenländer vermehrt in die Finanzierung und Bewältigung globaler Aufgaben einzubeziehen.

Bevölkerungswachstum – steigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln, Energie und Bodenschätzen – knapper werdende Ressourcen

Mit dem Bevölkerungswachstum und der weltweit zunehmenden Nachfrage nach Energie und Nahrungsmitteln nimmt auch der Druck auf die begrenzten natürlichen Ressourcen zu. Daraus

folgt der Verlust an biologischer Vielfalt, Bodendegradation, Klimawandel, Landverknappung, Verschmutzung von Süsswasser sowie Übernutzung der Meere. Mittels Kauf- oder Pachtverträgen sichern sich Staaten mit hohem Ressourcenverbrauch, global tätige Unternehmen sowie private Investoren aus Industrie- und Schwellenländern grosse Agrarflächen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Oft kommt es dabei zu einer unrechtmässigen Enteignung von Kleinbauern, die das jeweilige Land bewirtschaften («land grabbing»).

Auch der Einfluss globaler Konzerne auf arme Länder wächst. Viele Entwicklungsländer sind gleichzeitig Lieferanten von Rohstoffen und interessante Absatzmärkte für Konsumgüter. Wo wirksam reguliert und besteuert, führen Rohstoffexporte zu einem Wirtschaftswachstum, welches über die städtischen Zentren hinausgeht und Armut reduziert.

Einschneidende Umweltveränderungen

Die fortschreitende Klimaerwärmung trifft arme Entwicklungsländer besonders stark und verschärft Konfliktkonstellationen: Dürren und Wasserprobleme erzeugen in Entwicklungsländern Nahrungsmittelkrisen. Der Zugang zu Trinkwasser wird für viele hundert Millionen Menschen immer prekärer. Extremwetterereignisse, stärkere Wirbelstürme und der Meeresspiegelanstieg bedrohen Millionenstädte, während sich Klimaflüchtlinge häufen. Zusammen mit der fortschreitenden Umweltverschmutzung verhindert der Klimawandel eine nachhaltige Entwicklung in armen Ländern.

Geschädigte globale öffentliche Güter gefährden Entwicklung

Je nach Definition werden Gesundheit, Umwelt (insbesondere Klimastabilität), Biodiversität, Wasser, Ernährungssicherheit, menschliche Sicherheit sowie Markt- und Finanzstabilität als globale öffentliche Güter bezeichnet.

Solange weltweit keine preislich konkurrenzfähigen Alternativen zur Verfügung stehen, wird weiterhin günstige fossile Energie (Kohle, Öl) genutzt und der Schadstoffausstoss entsprechend weiter erhöht. Es droht als grösstes Risiko die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Nur umweltverträgliche Armutsreduktion verhindert, dass die Entwicklung armer Länder zu einer der Ursachen von Klimawandel und Umweltzerstörung wird. Wer sich mit Armut befasst, muss sich deshalb mit der Umwelt und der Erhaltung der globalen öffentlichen Güter aus Entwicklungssicht befassen. Die Zukunft verlangt nach einer «green economy» (UNO) mit «green growth» (OECD).

Zunehmende Fragilität in Entwicklungsregionen – globale Stabilität

Staatliche Fragilität in armen Ländern häuft sich. Sie ist dadurch charakterisiert, dass ein bedeutender Teil der Bevölkerung den Staat nicht als legitim erachtet, der Staat Sicherheit und die Durchsetzung des Rechts nicht gewährleisten kann und zudem nicht willens oder fähig ist, die Bevölkerung mit Grunddienstleistungen zu versorgen. Hierfür sind in den meisten Ländern gewaltsame Konflikte verantwortlich. Fragile Staatlichkeit und schlechte Regierungsführung bedrohen den Schutz und die Durchsetzung von Grundrechten zur Sicherung lebensnotwendiger Grundlagen. Konflikte sowie nicht funktionierende staatliche Einrichtungen prägen Not und Armut; ein Drittel aller Armen weltweit lebt in fragilen Kontexten.

3. Thematische Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit und Forschung

Die IZA der Schweiz orientiert sich an den globalen Herausforderungen und arbeitet in Themenbereichen, die für die Reduktion von Armut und globalen Risiken besonders relevant sind und in denen die Schweiz kompetent ist.

Die Bedeutung der wissenschaftlichen Forschung bzw. Ressortforschung in den verschiedenen Themen variiert. Sie wird aber in allen Bereichen der IZA eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Mit dem DEZA-SNF Forschungsprogramm werden entwicklungsrelevante thematische Forschungsschwerpunkte gesetzt.

Das folgende Kapitel gliedert sich wie folgt:

Im ersten Unterkapitel wird das neue DEZA-SNF-Förderinstrument, das «Swiss Programme for Research on Global Issues for Development» (www.r4d.ch) mit seinen fünf thematischen Forschungsmodulen vorgestellt. Im Unterkapitel 3.2 werden die Themen in Beziehung zu den strategischen Zielen der Entwicklungszusammenarbeit gesetzt sowie die Herausforderungen und möglichen Forschungsachsen in den prioritären Themen der DEZA skizziert. Im Unterkapitel 3.3 stehen die wissenschaftlichen Forschungsprogramme im Rahmen der Ostzusammenarbeit im Fokus.

3.1. DEZA-SNF Forschungsprogramm zu globalen Herausforderungen

Als eine Antwort auf globale Herausforderungen in der IZA wurde 2011 gemeinsam mit dem SNF ein spezifisches Programm für entwicklungsrelevante Forschung zur Lösung von globalen Problemen («global issues») in armen Länder entwickelt: Das «Swiss Programme for Research on Global Issues for Development» (kurz: r4d.ch-Programm).

Die bisherigen finanziellen Mittel der DEZA für verschiedene auslaufende Nord-Süd-Forschungspartnerschaftsprogramme¹⁴ (rund 20% des DEZA-Forschungsportfolios) werden gebündelt und in dieses neue DEZA-SNF Forschungsprogramm investiert.

Im Zentrum stehen die Produktion von neuen Erkenntnissen und innovativen Lösungsansätzen sowie die Nutzbarmachung des wissenschaftlichen Wissens als öffentliches Gut zu fünf von der DEZA bestimmten Themen. Mit diesem Programm werden somit weder Auftrags- bzw. Ressortforschung noch der Aufbau von Forschungskapazitäten finanziert.

Das Programm wird für die gesamte Laufzeit (2012-2022) mit einem Gesamtvolumen von CHF 97.6 Mio. ausgestattet. Der Beitrag der DEZA beläuft sich für diese Periode auf insgesamt CHF 72 Mio., der SNF beteiligt sich mit CHF 25.6 Mio.

Die Konzipierung des Programms basiert auf den langjährigen Erfahrungen mit verschiedenen Förderinstrumenten der Nord-Süd-Forschung. Konkret kann die DEZA bei der Forschungsförderung in und mit Entwicklungs- und Transitionsländern auf einer 20-jährigen erfolgreichen Partnerschaft mit dem SNF aufbauen. Die Zusammenarbeit begann 1990 mit dem Programm SCOPES (vgl. Kapitel 3.3.1). Sie wurde ab 1994 mit dem Modul «Entwicklung und Umwelt» des Schwerpunktprogramms Umwelt Schweiz und später mit dem NCCR Nord-Süd sowie dem Programm «Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern» ausgebaut.

¹⁴ u.a. EPFL-Fonds, Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern SNF-DEZA, Förderung von Forschungspartnerschaften mit Entwicklungs- und Transitionsländern der Schweizerischen Fachhochschulen, Nord-Süd-Zentrum der ETH Zürich: RFPP, NCCR Nord-Süd.

3.1.1. Ziele

Das übergeordnete Ziel des Forschungsprogrammes ist es, durch exzellente und entwicklungsrelevante Forschung wissenschaftliche Evidenz und neue, innovative Konzepte, Produkte, Methoden und Lösungen zu entwickeln und diese für eine globale nachhaltige Entwicklung zur Reduktion von Armut und globalen Risiken und zur Erhaltung globaler öffentlicher Güter in armen Ländern nutzbar zu machen.

Zur Erreichung dieses Ziels wird Forschung gefördert, die problem- und lösungsorientiert ist und eine interdisziplinäre Ausrichtung hat. Bei der Beurteilung der Forschung werden dem Austausch und der Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren und zukünftigen NutzerInnen sowie der Anwendung bzw. Umsetzung der Forschungsergebnisse in Politik und Praxis einen hohen Stellenwert eingeräumt.

Im Zentrum stehen folgende drei Teilziele:

- 1) Wissenschaftliche Evidenz und neue, innovative Konzepte, Produkte und Methoden mit hohem Generalisierungsgrad sollen entwickelt werden.
- 2) Schlüsselakteure sollen über Konzepte, Lösungsansätze und Optionen für den Umgang mit «trade-offs», für Problemlösung, den Politikdialog und/oder die Programmarbeit verfügen und diese in Politik und Praxis anwenden können.
- 3) Die wissenschaftlichen Kompetenzen und Expertise für die Auseinandersetzung mit komplexen globalen Problemen sollen durch regionenübergreifende, interdisziplinäre Forschungspartnerschaften gestärkt werden.

Zur Zielgruppe zählen sowohl Forschende in der Schweiz als auch Forschende in Entwicklungsländern. Das Programm ermöglicht ihnen in globalen Netzwerken an internationalen Themen gemeinsam zu forschen. Andererseits soll das wissenschaftliche Potential für die Reduktion von Armut und globalen Risiken in armen Ländern genutzt werden. Der Austausch mit Schlüsselakteuren und zukünftigen NutzerInnen sowie die Umsetzung von Forschungsergebnissen sind integraler Bestandteil der Forschungsaktivitäten. Dies setzt eine gezielte Auseinandersetzung mit erstens, den potentiellen Auswirkungen der erwarteten Ergebnisse für die Lösung globaler Probleme, zweitens, dem Nutzen der erwarteten Ergebnisse für benachteiligte Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern, und drittens, mit den möglichen Anwendungsmöglichkeiten der Resultate in Politik und Praxis voraus.

Das neue Forschungsprogramm misst der Kommunikation und Umsetzung bzw. Anwendung der Forschungsergebnisse eine grosse Bedeutung bei. 10 bis 15 % des Budgets eines Projektes sollen für Kommunikation und Umsetzungsarbeiten eingesetzt werden.

3.1.2. Struktur des Programmes, thematische Ausrichtung und Implementierung

Das neue Förderinstrument besteht aus zwei sich ergänzenden Gefässen:

- Die thematische Programmforschung für Konsortien (rund 80% des Fördervolumens)
- Die thematisch offene Forschung für kleinere Projekte (rund 20% des Fördervolumens)

Im Zentrum steht die thematische Programmforschung zu fünf Themenschwerpunkten, die von der DEZA bestimmt wurden:

Thema 1: Ursachen und Lösungsmechanismen für gesellschaftliche Konflikte unter Bedingungen schwacher staatlicher Institutionen (fragile Kontexte)

Thema 2: Armutsreduktion durch Beschäftigung sowie bessere gesellschaftliche und staatliche Rahmenbedingungen

Thema 3: Landwirtschaftliche Produktionssysteme und Ernährungssicherheit

Thema 4: Nachhaltige Nutzung von Ökosystemen

Thema 5: Versorgungssysteme und nachhaltige Finanzierungsmechanismen im Gesundheitsbereich

Diese Themen stehen in Einklang mit den langfristigen thematischen Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit (vgl. Kapitel 3.2). Die Konkretisierung der Themen erfolgt gemeinsam mit dem SNF.

Die fünf thematischen Forschungsmodule haben eine Dauer von sechs Jahren. Im Modul «thematisch offene Forschung» sind drei Ausschreibungen für kleinere Partnerschaftsprojekte mit einer maximalen Dauer von drei Jahren vorgesehen.

Teilnahmeberechtigt sind grundsätzlich alle Forschenden an Forschungsinstitutionen aus der Schweiz (gemäss SNF-Praxis) sowie Afrika, Asien und Lateinamerika (gemäss DAC-Liste¹⁵).

Bedingung ist, dass es sich um Partnerschaftsprojekte zwischen der Schweiz und Entwicklungsländern handelt. Dabei gilt, dass pro Projekt mindestens 50% des akademischen Forschungspersonals in armen Entwicklungsländern ansässig ist und mindestens 40% des bewilligten Betrages an diese Gruppe geht.

Die Ausschreibungen erfolgen gestaffelt. 2012 sollen die ersten zwei thematischen Programme ausgeschrieben werden, die Ausschreibung der Themen drei und vier ist für 2013 geplant und das fünfte Thema wird 2014 ausgeschrieben. Die thematisch offenen Ausschreibungen sollen 2012, 2014 und 2016 durchgeführt werden.

Für die operationelle Implementierung des Programms ist die Geschäftsstelle des SNF zuständig.

Das strategische Steuerungskomitee, in dem die DEZA und der SNF paritätisch vertreten sind, ist für die Gesamtsteuerung zuständig und beurteilt regelmässig die Funktionsweise des Programms. Das Steuerungskomitee wird dabei von einem «international advisory board» mit internationalen ExpertInnen unterstützt. Pro Thema und für das Modul «thematisch offene Forschung» wird vom Steuerungskomitee ein Leitungspanel eingesetzt. Je eine von der DEZA bzw. vom Forschungsrat bestimmte Person vertritt die DEZA bzw. den SNF im Leitungspanel. Die Leitungspanels gewährleisten durch regelmässige Evaluationen die wissenschaftliche Qualität, die Entwicklungsrelevanz, die Kommunikations- und Umsetzungsaktivitäten sowie die Qualität der Forschungszusammenarbeit. Die inhaltliche Begleitung seitens DEZA wird durch die Mitgliedschaft in den Panels sichergestellt.

Die Öffentlichkeit soll regelmässig über den Stand des Programms und die erzielten Ergebnisse auf der eigenen Webseite (www.r4d.ch) und via Newsletter informiert werden.

¹⁵ Development Assistance Committee (DAC) der OECD: <http://www.oecd.org/dataoecd/9/50/48858205.pdf>

3.2. Prioritäre Themen der Entwicklungszusammenarbeit

Im Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit stehen folgende Themen:

- Klimawandel (Adaptation, Wald, Energie)
- Landwirtschaft und Ernährungssicherheit
- Wasser
- Gesundheit
- Migration
- Finanzen und Handel (Privatsektor und Finanzdienstleistungen)
- Grund- und Berufsbildung
- Staatsreform, Lokalverwaltung und Bürgerbeteiligung
- Konfliktbearbeitung und Krisenresistenz
- Geschlechtergleichstellung
- Gute Regierungsführung

Die Themen Klimawandel, Ernährungssicherheit, Wasser, Gesundheit, Migration sowie Finanzen und Handel werden als globale Themen bezeichnet. Sie beziehen sich explizit auf globale Probleme, die durch gemeinsame, grenzüberschreitende Ursachen charakterisiert sind. Lösungen gilt es sowohl global als auch national voranzutreiben.

Im Rahmen der IZA werden globale Themen durch die DEZA auf einer zusätzlichen Ebene mit spezifischen Globalprogrammen bzw. das Thema Finanzen und Handel in Zusammenarbeit mit dem SECO bearbeitet. Globale Themen folgen keinen festgelegten geografischen Prioritäten, da sie alle Weltregionen und Entwicklungsstufen betreffen. Arme Länder und Bevölkerungsgruppen sind von globalen Risiken oft besonders stark betroffen.

Geschlechtergleichstellung und Gute Regierungsführung werden als Querschnittsthemen verstanden. Diesen Anliegen wird in allen Themen und Globalprogrammen je nach Situation und Möglichkeiten spezielle Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Themen werden den fünf strategischen Zielen der Schweizer IZA wie folgt zugeordnet:

Übergeordnetes Ziel: Nachhaltige globale Entwicklung zur Reduktion von Armut und globalen Risiken	
5 strategische Ziele	9 Themen für den Rahmenkredit Süd
1. Krisen, Konflikte und Katastrophen vorbeugen und überwinden	1. Konflikttransformation und Krisenresistenz
2. Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen für alle schaffen	2. Gesundheit <i>(unterstützt durch Globalprogramm)</i>
	3. Wasser <i>(unterstützt durch Globalprogramm)</i>
	4. Grund- und Berufsbildung
	5. Landwirtschaft und Ernährungssicherheit <i>(unterstützt durch Globalprogramm)</i>
3. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum fördern	6. Privatsektor und Finanzdienstleistungen
4. Transition zu demokratischen marktwirtschaftlichen Systemen unterstützen	7. Staatsreform, Lokalverwaltung und Bürgerbeteiligung
5. Entwicklungsfördernde, umweltschonende und sozialverträgliche Globalisierung mitgestalten	8. Klimawandel: Adaptation, Wald, Energie <i>(unterstützt durch Globalprogramm)</i>
	9. Migration <i>(unterstützt durch Globalprogramm)</i>

3.2.1. Klimawandel: Adaption, Wald, Energie

Herausforderungen

Selbst wenn Anstrengungen die Treibhausgasemissionen zu senken erfolgreich sind, ist es nicht mehr möglich, den Einfluss des Klimawandels rückgängig zu machen. Unter den Folgen des Klimawandels, wie z.B. Dürren, Überflutung oder der Anhebung des Meeresspiegels, werden insbesondere die ärmsten Staaten und Bevölkerungsschichten zu leiden haben. Dies hängt mit ihrer geographischen Lage, den niedrigen Einkommen, der eingeschränkten Leistungsfähigkeit öffentlicher und privater Institutionen, einer schlechten infrastrukturellen Ausstattung sowie einer grösseren Abhängigkeit von klimaempfindlichen Sektoren wie der Landwirtschaft zusammen.

Die durchschnittlichen Emissionen pro Einwohner liegen in den meisten Entwicklungsländern im unteren Bereich. Für die nächsten Jahrzehnte wird jedoch erwartet, dass 70% des Anstiegs an weltweiten Emissionen in diesen Ländern stattfinden wird. Entwicklungsländer werden deshalb zukünftig eine Schlüsselrolle einnehmen; sowohl in der internationalen Klimapolitik als auch bei der Formulierung und Umsetzung globaler und lokaler Lösungen für die Minderung und Anpassung an den Klimawandel.

Prioritäre Forschungsachsen

Im Zentrum stehen die Mitigation und Anpassung an den Klimawandel sowie der Bereich Landnutzung und Wald in Entwicklungsländern. Der Themenschwerpunkt Mitigation ist auf die Ver-

minderung der Luftverschmutzung und die Förderung erneuerbarer Energien gerichtet. Bei der Anpassung stehen hauptsächlich Modelle und Szenarien zu veränderten klimatischen Bedingungen, mögliche Adaptionen im Bereich der Landwirtschaft sowie ökonomische Aspekte der Anpassung an den Klimawandel im Vordergrund.

Im Rahmen des «Swiss Programme for Research on Global Issues for Development» wird voraussichtlich 2013 das Forschungsmodul «Nachhaltige Nutzung von Ökosystemen» ausgeschrieben werden.

3.2.2. Landwirtschaft und Ernährungssicherheit

Herausforderungen

Obwohl die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer über genügend fruchtbares Land verfügen, sind viele nicht in der Lage, ihre Bevölkerung ausreichend und gesund zu ernähren. 925 Millionen Menschen sind heute weltweit von Hunger betroffen; ihnen fehlen ausreichende Mengen an Kohlenhydraten, Fetten und Proteinen (Makronährstoffe). Es wird geschätzt, dass eine weitere Milliarde Menschen an «verstecktem Hunger», dem Fehlen von essentiellen Mikronährstoffen wie Vitaminen und Mineralien, leiden, was physische und mentale Störungen zur Folge hat. Die Mehrheit dieser Menschen lebt in ländlichen Gebieten von kleinbäuerlicher Landwirtschaft. Bevölkerungswachstum, Urbanisierung und verändertes Konsumverhalten werden den Bedarf an Nahrungsmitteln in Zukunft stark ansteigen lassen. Um diesen gesteigerten Bedarf zu decken, muss die Produktion von Nahrungsmitteln in den Entwicklungsländern in den nächsten 40 Jahren massiv erhöht werden und gleichzeitig müssen die Verluste in der Produktionskette stark reduziert werden.

In Anbetracht des anhaltenden Verlustes an landwirtschaftlichen Produktionsflächen, der fortschreitenden Degradierung von Ökosystemen und Biodiversität sowie den unvorhersehbaren Konsequenzen des Klimawandels stellt die Erreichung dieses Ziels eine immense globale Herausforderung dar.

Prioritäre Forschungsachsen

Die ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität der Kleinbauern steht im Mittelpunkt der von der DEZA finanzierten Forschung im Bereich Landwirtschaft und Ernährungssicherheit. Forschungsbedarf besteht dabei unter anderem auf der Ebene von technologischen und sozio-ökonomischen Ansätzen zur nachhaltigen Intensivierung der Produktionssysteme bei gleichzeitiger Schonung der natürlichen Ressourcen (Boden und Wasser) und der Biodiversität. Landwirtschaftliche Produktion steht in vielfältiger Wechselwirkung mit der Umwelt und profitiert von intakten Ökosystemen. Wichtige Forschungsfragen sind hierbei der Erhalt von zentralen Ökosystemdienstleistungen für die Landwirtschaft sowie deren Bewertung aus ökonomischer, sozialer und kultureller Sicht. Entscheidend für die Erhöhung der Produktivität ist auch die Verminderung von Vor- und Nachernteverlusten durch den integrierten Pflanzenschutz und verbesserte Lagerhaltung.

Ein weiterer Forschungsschwerpunkt umfasst die Diversifizierung und Stärkung der kleinbäuerlichen landwirtschaftlichen Produktion durch Ansätze der Risikominderung und einen gesicherten Zugang zu Land. Die Stärkung der Lebensgrundlagen umfasst den verbesserten Zugang zu vielfältigen und hochwertigen Inputs (Saatgut, Düngemittel, Fachkenntnisse, Kredit, Versicherungsschutz), natürlichen Ressourcen (Boden und Wasser) und Märkten sowie das Schaffen von Einkommensmöglichkeiten jenseits der Landwirtschaft. Dies schliesst insbesondere auch Forschung zu den politischen Strukturen ein, in welche kleinbäuerliche Landwirtschaft eingebunden ist.

Die DEZA verfolgt in der landwirtschaftlichen Forschung für Entwicklung einen holistischen Ansatz und setzt auf integrierte landwirtschaftliche Innovationssysteme. Dieser Ansatz umfasst Forschungspartnerschaften an denen alle systemrelevanten Akteure teilnehmen; neben den

Forschenden insbesondere die Bauern, Beratungsdienste, Nichtregierungsorganisationen (NROs), der Privatsektor sowie die lokalen Behörden.

Das Forschungsmodul «Landwirtschaftliche Produktionssysteme und Ernährungssicherheit» wird im Rahmen des «Swiss Programme for Research on Global Issues for Development» voraussichtlich 2013 ausgeschrieben werden.

3.2.3. Wasser

Herausforderungen

Wasser ist für die Menschheit ein Allgemeingut, sei es als Trinkwasser, für die persönliche Hygiene, für die Nahrungsmittelproduktion oder für die Industrie. Der zunehmende Druck auf die knappe Ressource Wasser – unter anderem bedingt durch die Bevölkerungszunahme und eine erhöhte Nachfrage - führt zu Fehl- und Übernutzung, Verteilungskonflikten und sozialen Spannungen und erschwert des Weiteren den Armen den Zugang zur Ressource Wasser. Die zentrale Herausforderung besteht darin, durch eine integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen die verschiedenen Nutzungsansprüche effektiv auszubalancieren, unter gleichzeitiger Berücksichtigung von sozialer Gerechtigkeit, ökonomischer Effizienz und ökologischer Nachhaltigkeit.

Ausgerichtet auf das Millenniumsziel sieben setzt sich die DEZA dafür ein, dass die Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser oder grundlegenden sanitären Einrichtungen haben, bis ins Jahr 2015 auf die Hälfte reduziert wird. Die UNO hat den Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen zum Menschenrecht erklärt – dieser «human rights-based approach» weist den Weg zu universellem Wasserzugang für alle.

Prioritäre Forschungsachsen

Im Bereich Trinkwasserversorgung und Siedlungshygiene liegt der Forschungsschwerpunkt auf der technischen Ebene, auf innovativen Lösungen für die Trinkwasserbehandlung in Haushalten sowie dem Management von Fäkalien, Klärschlamm und organischem Abfall. Ein besonderer Fokus wird hier auf die Entwicklung von nachhaltigen Geschäftsmodellen für die Wiederverwertung von Abfällen aus der Siedlungswasserwirtschaft und deren Nutzung in der Landwirtschaft gelegt. Ein weiteres Aktivitätsfeld betrifft die Entwicklung von neuen Konzepten für partizipative Planungsprozesse und strategische Entscheidungshilfen für die Wahl der am besten geeigneten Technologien von Versorgungs- und Entsorgungssystemen. Gemeinsam mit anderen europäischen Gebern setzt die DEZA einen wichtigen Forschungsakzent auf die Verbesserung der Siedlungshygiene in Slums. Zur Verbesserung der Trinkwasserversorgung in ländlichen Gebieten engagiert sich die DEZA, neben der Unterstützung von angewandter Forschung, stark in der Förderung von Netzwerken, die sich für die Kapitalisierung und den Austausch von Wissen einsetzen.

Ein weiterer Forschungsschwerpunkt bildet die Untersuchung und Verringerung des Wasserfussabdrucks von Unternehmen und Produktionsprozessen sowie die Verankerung des Wasserfussabdruck-Konzeptes als ISO-Norm. Der Wasserfussabdruck gibt an, wie viel Frischwasser während des Herstellungsprozesses eines Produktes benötigt wird.

Im Rahmen des übergeordneten Ziels der integrierten Bewirtschaftung von Wasserressourcen setzt die DEZA Forschungsakzente auf Kooperationsmodelle im Management von länderübergreifenden Wassereinzugsgebieten, die Umsetzung von Finanzierungsinstrumenten für die Abgeltung von Ökosystemdienstleistungen sowie die Entwicklung von innovativen Methoden in der Erhebung und Auswertung von hydrometeorologischen Daten. Darüber hinaus bildet das Thema «Konflikte zu knappen natürlichen Ressourcen mit einem Fokus auf Wasser» einen der drei Forschungsschwerpunkte des Moduls «Ursachen und Lösungsmechanismen für gesellschaftliche Konflikte unter Bedingungen schwacher staatlicher Institutionen des r4d-Programmes.

3.2.4. Gesundheit

Herausforderungen

Weltweit haben mehrere hundert Millionen Menschen nur erschwerten oder gar keinen Zugang zu medizinischer Grundversorgung. Die gegenseitige Abhängigkeit von Gesundheit und wirtschaftlicher Entwicklung benachteiligt vor allem arme Bevölkerungsschichten und verschärft folglich soziale Ungleichheiten. Medizinische Grundversorgung - ein Schlüsselfaktor für wirtschaftliche und soziale Entwicklung – spielt eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, die soziale Gerechtigkeit zu verbessern, Ungleichheiten zu minimieren und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Gesundheit gehört zu den globalen öffentlichen Gütern und beeinflusst die soziale und ökonomische Entwicklung eines Landes und seiner Bevölkerung massgeblich. Zentrale Herausforderungen, wie die Gesundheitsfinanzierung oder Pandemien, machen international abgestimmte und koordinierte Antworten notwendig.

Prioritäre Forschungsachsen

Im Allgemeinen werden im Gesundheitsbereich Fragen zu Effizienz und Gouvernanz als forschungsrelevant erachtet.

Für die Regionen Afrika, Osteuropa und Zentralasien sollen mittel- und langfristige Analysen zur Gesundheitsfinanzierung durchgeführt werden. Hierbei sollen mögliche Formen der Finanzierung, wie beispielsweise die Einführung von Krankenkassensystemen, untersucht werden.

Einen weiteren Forschungsschwerpunkt stellt der Zugang zu Gesundheitssystemen dar. Eine der Hauptfragen ist dabei, welche möglichen Mechanismen sich als kosteneffizient erweisen. Ein häufiger Konfliktpunkt in Bezug auf den Zugang zu Gesundheitssystemen stellt das allgemeine Recht auf Behandlung («right to health») dar, während jedoch oft nur beschränkte Mittel vorhanden sind. Während der Zugang zu Gesundheitssystemen in urbanen Gebieten einfacher zu gewährleisten ist, bringt die Versorgung ruraler Gebiete oftmals organisatorische Schwierigkeiten mit sich. Die Gesundheitsförderung in abgelegenen Gebieten Afrikas, mit dem Ziel die junge, ländliche Bevölkerung zu erreichen, stellt folglich einen weiteren zentralen Forschungsschwerpunkt dar.

Im Rahmen des r4d-Programmes wird voraussichtlich 2014 das Forschungsmodul zum Thema «Versorgungssysteme und nachhaltige Finanzierungsmechanismen im Gesundheitsbereich» ausgeschrieben werden.

3.2.5. Migration

Herausforderungen

Weltweit rechnet man mit über 200 Millionen Menschen, die ausserhalb ihrer Herkunftsländer leben, was einem Anteil von 3% der Weltbevölkerung entspricht. 50% davon sind Frauen.

Die Gruppe der Menschen, die heutzutage migriert, umfasst qualifizierte sowie unqualifizierte Arbeitskräfte, Studierende sowie Familien. Der rechtliche Status der MigrantInnen variiert hierbei. Von den genannten 200 Millionen Menschen sind 16 Millionen Flüchtlinge und gehören somit zu den sogenannten «forced migrants». 90% der Migration findet laut Schätzung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hingegen aus wirtschaftlichen Gründen statt.

Die unterschiedliche wirtschaftliche und demographische Entwicklung in den verschiedenen Kontinenten und Ländern schafft ein zunehmendes globales Gefälle zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften.

Eine der grössten Herausforderungen besteht darin, die Migration in geordnete Bahnen zu lenken, damit sie sicher, legal und unter Wahrung der Rechte und Interessen aller Beteiligten erfolgt. Migration findet heute, besonders für die weniger qualifizierten Arbeitskräfte, häufig unter prekären Bedingungen statt. Ausbeutung, Verschuldung und Rechtsverletzungen verschiedenster Art stellen für die benachteiligte Gruppen, zu denen insbesondere die Frauen gehören, ein häufiges Problem dar. Der transnationale Charakter der Migration hat zur Folge, dass die MigrantInnen von den jeweiligen Rechtssystemen des Herkunfts- und Ziellandes oft nicht adäquat geschützt werden.

Nachdem die Entwicklungszusammenarbeit lange Zeit den Standpunkt vertreten hatte, Migration gelte es durch Armutsbekämpfungsstrategien zu verhindern, setzt sich seit den 90er Jahren die Erkenntnis durch, dass sich die IZA mit Migration, welche weltweit de facto eine der wichtigsten Armutsbekämpfungsstrategien darstellt, auseinandersetzen und die Auswirkungen der Migration in den bestehenden Sektorprogrammen berücksichtigen muss.

Forschungsachsen

Das Ziel der entwicklungspolitischen Bestrebungen liegt darin, die negativen Begleiterscheinungen der Migration, wie z.B. Ausbeutung oder «brain drain», zu vermindern und die positiven Aspekte, wie mehr Wohlstand oder Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs, zu verstärken. Die zentrale Forschungsachse umfasst die Analyse der Auswirkungen von Migration auf die Gesellschaft und Wirtschaft des Herkunftslandes sowie die Veränderung der Geschlechterrollen, der Identitäten und des sozialen Status. Zentrale Fragen lauten hierbei: Wie beeinflusst massive Migration die ländliche Entwicklung eines Landes? Welche Implikationen hat sie für das Gesundheitssystem? Welchen Einfluss haben die Geldüberweisungen auf die lokale Wirtschaft und wie kann Migration für eine lokale wirtschaftliche Entwicklung nutzbar gemacht werden? Eine weitere Forschungsachse betrifft die Wirkung migrationspolitischer Massnahmen in den Herkunfts- und Zielländern.

3.2.6. Grund- und Berufsbildung

Herausforderungen

Der Zugang zu Grund- und Berufsbildung wird zu den Grundrechten gezählt. Grundbildung trägt erwiesenermassen zur Armutsreduktion bei, indem sie Bemühungen zur Verbesserung der Gesundheit, Ernährung, Nutzung natürlicher Ressourcen, landwirtschaftlichen Produktion sowie der Wahrnehmung politischer Rechte verstärkt. Komplementäre Grund- und Berufsbildung ermöglicht den Zugang zum Arbeitsmarkt und generiert Einkommen. Das Hauptaugenmerk der DEZA gilt der Verbesserung der Qualität und der Stärkung der Relevanz von Bildungsprogrammen sowie dem gleichberechtigten Zugang der Bevölkerung zu Bildung.

Wichtige Elemente des Schweizer Berufsbildungssystems, wie Praxisnähe und Arbeitsmarktorientierung, sind auch in der Entwicklungszusammenarbeit zentral. Sie werden den Bedingungen in den Partnerländern angepasst und oft in Verbindung mit Privatsektorförderprogrammen angewandt. Im Bereich der nicht-formalen Bildung werden innovative Bildungsangebote entwickelt und die Anerkennung von Abschlüssen gefördert.

Prioritäre Forschungsachsen

Wirtschaftliche und soziale Veränderungen zwingen viele Entwicklungsländer zu einer neuen Aufgabenverteilung zwischen Staat und Privatwirtschaft. Für den Bereich der Berufsbildung stehen folgende Fragen im Zentrum: Wie lässt sich der Privatsektor in die Ausgestaltung, Um-

setzung und Finanzierung der Berufsbildung aktiv einbeziehen, um damit die Relevanz der Ausbildungen zu erhöhen? Wie können Erfahrungen aus der Schweiz in den Partnerländern kontextspezifisch ausgestaltet und angewandt werden?

Ferner soll das Spannungsfeld zwischen niederschwelliger Vermittlung beruflicher Grundqualifikation, die vor allem die Integration der Ärmsten fördert, und spezifischer Berufsbildung, die auf Produktivitätssteigerung und Wirtschaftswachstum ausgerichtet ist, näher untersucht werden.

3.2.7. Privatsektor und Finanzdienstleistungen

Herausforderungen

Für die Minderung von Armut stellt beschäftigungsrelevantes wirtschaftliches Wachstum in Einklang mit einem nachhaltigen Ressourcenverbrauch («green economy») eine zentrale Voraussetzung dar. Ausschlaggebend ist dabei die Schaffung von Einkommen und Arbeitsplätzen. Die Arbeitslosigkeit hat in den letzten zehn Jahren weltweit um über 25% zugenommen, wobei überproportional viele Jugendliche und junge Menschen davon betroffen sind.

Für nachhaltiges Wachstum spielen funktionierende Märkte eine zentrale Rolle; sei es im Bereich der Landwirtschaft, der Industrie oder der Dienstleistungen auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene. Der Privatsektor ist dabei ein Schlüsselfaktor für wirtschaftliches Wachstum und somit grundlegend für die Integration von Entwicklungs- und Transitionsländern in die Weltwirtschaft.

Besonderes Augenmerk wird in Zukunft auf den Einbezug ländlicher Gebiete gerichtet werden, wo nach wie vor 70% der Einkommensarmut anzutreffen ist, und eine geringe Bevölkerungsdichte sowie fehlende oder schlechte Infrastruktur den Zugang zu Märkten und Dienstleistungen erschweren. Es wird eine zentrale Herausforderung sein, kompetitive Marktssysteme auch für arme und marginalisierte Bevölkerungsschichten zugänglich zu machen.

Prioritäre Forschungsachsen

Vor dem Hintergrund einer nachhaltigen globalen Entwicklung zur Armutsreduktion und der Frage, wie Arbeit und Einkommen, insbesondere auch im ländlichen Raum, erhalten und geschaffen werden können, spielen systemische Ansätze der Marktentwicklung eine zentrale Rolle. Angestrebte Ziele sind ein besseres Funktionieren der Märkte sowie eine nutzbringende Einbindung armer Bevölkerungsgruppen in den Arbeitsmarkt. Die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor (lokal, zunehmend aber auch mit transnationalen Firmen) sowie die Berücksichtigung vorherrschender Rahmenbedingungen sind dabei wichtige Faktoren. Die diesbezügliche Unterstützung der DEZA ist insbesondere auf landwirtschaftliche Wertschöpfungsketten ausgerichtet. Obwohl viele der ärmsten Länder ihre Armut in den letzten Jahren durch beträchtliches Wachstum reduzieren konnten, profitierten die ärmsten Bevölkerungsschichten kaum davon. Ein zukünftiger Schwerpunkt wird deshalb auch darin liegen, verschiedene Ansätze zu vergleichen, wie die Ärmsten von einem nachhaltigen Wachstum besser profitieren können.

Ebenfalls von Interesse ist die Aufteilung der Finanzierung von Entwicklung zwischen dem Privatsektor und der öffentlichen Hand. In Bezug auf den neuen Bereich der Mikroversicherungen ist die empirische Untersuchung der Armutsrelevanz von besonderem Interesse.

Ein weiterer wichtiger Forschungsschwerpunkt bildet das Thema «Armutsreduktion durch Beschäftigung sowie bessere gesellschaftliche und staatliche Rahmenbedingungen» im Rahmen des r4d-Programmes.

3.2.8. Staatsreform, Lokalverwaltung und gute Regierungsführung

Herausforderungen

Schwache, von Partikulärinteressen vereinnahmte staatliche Institutionen und politische Prozesse verhindern eine gerechte wirtschaftliche und soziale Entwicklung, welche die Lebenssituation aller BürgerInnen positiv beeinflusst. Elemente einer guten Regierungsführung sind eine faire Machtverteilung mit Beteiligung aller Interessensgruppen durch transparente und gewaltfreie Wahlen, Gewaltentrennung sowie Mechanismen zur Kontrolle der Rechtsstaatlichkeit und zur Sicherung der Menschenrechte. Die zentralen Staatsreformen, welche von fast allen Entwicklungsländern (aber nicht nur diesen!) in den letzten dreissig Jahren angegangen worden sind, umfassen die politische, administrative und Fiskal-Dezentralisierung. Ihr gemeinsames Ziel ist die Verlagerung der Kompetenzen von der zentralen auf die regionale und lokale Ebene (gemäss dem Subsidiaritäts-Prinzip). Staatliche Dienstleistungsaufgaben sollen demnach so nahe wie möglich bei den BürgerInnen angesiedelt sein. Faire und transparente Finanz- und Lastenausgleichssysteme müssen zudem die strukturellen Grundlagen für ausgeglichene Entwicklungschancen aller Regionen und gesellschaftlicher Schichten sicherstellen.

Die gewaltigen globalen Aufgaben, wie die Bewältigung der Auswirkungen von Katastrophen und des Klimawandels und die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele, stellen die lokalen Regierungen («sub-national governments») vor grosse Herausforderungen. Häufig fehlen ihnen die finanziellen Mittel und die Fachkräfte, um den Erwartungen der Bevölkerung gerecht werden zu können. Die Verbesserung der Fähigkeiten auf der Lokalebene sowie die Steigerung der Fiskalressourcen stellen die beiden wichtigsten Reform-Knackpunkte dar, wo Unterstützung benötigt wird.

Prioritäre Forschungsachsen

Reformen des öffentlichen Sektors und insbesondere demokratische Dezentralisierung sind politischer Natur und müssen folglich auch auf politische Interessen hin analysiert werden. In vielen Entwicklungsländern überlagern sich historisch gewachsene Sozial- und Machtstrukturen mit dem «modernen» (nachkolonialen) Staat. Die Analyse der Machtverhältnisse stellt somit eine besondere Herausforderung für jegliche Reformunterstützung dar. Die Forschung wird sich künftig hauptsächlich auf die Analyse von Machtstrukturen, Interessen verschiedener Gruppen und Mechanismen der Machtsicherung konzentrieren.

Aus dem Blickwinkel laufender Reformen ergibt sich ein zweiter Forschungsschwerpunkt, welcher den Einfluss demokratischer Dezentralisierungsreformen auf die Lebenssituation der Menschen, insbesondere auf benachteiligte Bevölkerungsschichten, untersucht. Dabei sollen Erkenntnisse gewonnen werden, wie die Entwicklungszusammenarbeit politische Dynamiken und Akteure fördern und die Integration benachteiligter Gruppen stärken kann.

Eine dritte Beobachtungsebene umfasst die kritische Aussenbetrachtung von Reformunterstützung. Wichtig ist die Frage, welches die Modalitäten der «Hilfe» sind, die Reformen zur demokratischen Dezentralisierung antreiben und nachhaltig zu verankern helfen.

3.2.9. Konfliktüberwindung und Krisenresistenz

Herausforderungen

Zum Prozess von sich wandelnden Bedürfnissen, Zielen und Aktivitäten gesellschaftlicher Gruppen und politischer Akteure gehören Konflikte als notwendige Bestandteile dazu. Entwicklungszusammenarbeit, die sozialen Wandel und wirtschaftliche Reformen unterstützt und sich die Freiheit armer und benachteiligter Bevölkerungsgruppen zum Ziel setzt, muss sich sowohl mit klassischen als auch mit neu geschaffenen Interessenkonflikten konstruktiv auseinandersetzen. Wo Konflikte in Gewalt und Krieg münden, werden die nötigen Voraussetzungen für eine

nachhaltige Entwicklung und humanitäre Aktionen untergraben. Gewaltfreie Konfliktaustragung innerhalb und zwischen Gruppen, ein menschenrechtsorientierter Ansatz, sowie allgemein konfliktssensitive IZA-Programme, welche auf die jeweilig relevanten Fragilitäts- und Konfliktstrukturen und -dynamiken antworten und die auch Justiz- und Sicherheitsaspekte einbeziehen, sind daher zentrale Strategien für eine friedliche soziale und politische Transformation. Hierbei bedarf es äusserer Hilfestellung, die von staatlichen Akteuren innerhalb eines unterstützenden Staates («whole-of-government approach») oder zwischen nationalen und internationalen Organisationen («whole-of-system approach») in einer kohärenten, koordinierten und sich ergänzenden Art und Weise durchgeführt wird.

Gleichzeitig baut ein nachhaltiger Friede auf soliden wirtschaftlichen, soziokulturellen und politischen Institutionen auf. Die internationalen Friedensoperationen, oft als kurzfristige Kriseninterventionen geplant und durchgeführt, haben gezeigt, dass sich längerfristig erfolgreiche Friedenssicherung nicht auf die punktuelle Bekämpfung von Symptomen beschränken kann. Die IZA muss eine langfristige Friedensentwicklung anstreben, welche die Ursachen von Gewaltkonflikten erkennt und strukturelle Voraussetzungen für einen friedlichen Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten schaffen kann.

Prioritäre Forschungsachsen

Der Schwerpunkt im Bereich der Forschung zur Überwindung von Gewaltkonflikten und Krisenresistenz liegt in Zukunft auf den Ursachen und Lösungsmechanismen für gesellschaftliche Verteilungskonflikte unter Bedingungen schwacher staatlicher Institutionen. Das Forschungsmodul «soziale Konflikte» wird im Rahmen des r4d-Programmes ausgeschrieben. Es wird prioritär um die Ausarbeitung von Strategien der Konfliktprävention und -lösung in fragilen und konfliktbetroffenen Staaten gehen.

Darüber hinaus können die Programmarbeit und der Politikdialog in den Bereichen Konflikt und Menschenrechte durch angewandte oder aktionsorientierte Forschung unterstützt werden.

3.2.10. Gender

Herausforderungen

Für eine nachhaltige Entwicklung ist die Mitwirkung beider Geschlechter von zentraler Bedeutung. In vielen Teilen der Welt haben Frauen nur einen sehr beschränkten Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen und Entscheidungsprozessen. Zudem wird die besondere Rolle der Frau in der Haushaltarbeit, beim Aufziehen von Kindern sowie bei der Pflege von Erwachsenen kaum zur Kenntnis genommen. Das führt dazu, dass trotz vielen Anstrengungen die Diskriminierung der Frauen heute die weltweit am meisten verbreitete Form der Ausgrenzung bleibt. Der Ausschluss von Männern oder Frauen aus wichtigen gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen, geschlechterspezifische Diskriminierung in der Zulassung zu Ressourcen und deren Kontrolle sowie die makroökonomische Vernachlässigung des Geschlechts als wichtige Komponente für das Bruttoinlandprodukt eines jeden Staates verhindern eine nachhaltige Entwicklung und fördern soziale und politische Instabilität. Der Abbau dieses Ungleichgewichts kann deshalb entscheidend zu sozialer Gerechtigkeit, der Überwindung von Armut und Diskriminierung und damit auch zu nachhaltiger Entwicklung beitragen.

Prioritäre Forschungsachsen

Die Forschung übernimmt eine zentrale Verantwortung bei der Erarbeitung von Daten und Wissen, welche den entwicklungspolitischen Interventionen zugrunde liegen. Es sind deshalb Forschungsaktivitäten zu fördern, die Geschlechterunterschiede berücksichtigen, sei es in den Forschungsdesigns, den Forschungsfragen und/oder den Forschungsteams als auch in der Wahl der Methoden. Geschlechterspezifische Kenntnisse stellen die Basis für eine IZA dar, die sich

für die Veränderung bestehender Geschlechterrollen, den Zugang zu Ressourcen und Entscheidungsprozessen sowie für deren Kontrolle einsetzt.

Der zukünftige Forschungsschwerpunkt wird unter anderem auf den Zusammenhang zwischen Armut und Geschlechterverhältnissen gesetzt. Darüber hinaus soll die geschlechterspezifische Diskriminierung im Alltag und die Relevanz makroökonomischer Entwicklungen in diesem Zusammenhang, insbesondere im Bereich der «care»-Ökonomie, untersucht werden.

Ein neues Themenfeld stellt der Zusammenhang zwischen Gender und fragilen Staaten dar.

3.3. Wissenschaftliche Kooperation mit Osteuropa

3.3.1. Regional Research Promotion Programme Western Balkans

Das Regional Research Promotion Programme (RRPP) in Social Sciences, welches von der DEZA finanziert wird, hat den Aufbau von Netzwerken und Forschungskapazitäten in den Sozialwissenschaften im Westbalkan (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien) zum Ziel.

Das Interfakultäre Institut für Ost- und Ostmitteleuropa (IICEE) an der Universität Freiburg betreut und leitet das RRPP seit 2008.

Ein zentrales Element ist die Finanzierung von Forschungsprojekten an denen sich Forschungsinstitutionen aus mindestens zwei Ländern des Westbalkans beteiligen. Die Forschungsergebnisse sollen einerseits dazu beitragen, Vorschläge für notwendige Reformen aufzuzeigen. Andererseits sollen damit längerfristige Auswirkungen der politischen Massnahmen, welche als Reaktion auf die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen in Folge des Transformationsprozesses ergriffen wurden, aufgezeigt werden. Zusammenfassungen zu allen Projekten finden sich auf der RRPP-Webseite (<http://www.rpp-westernbalkans.net/research>).

Parallel zur aktuell laufenden Phase werden 2012 Abklärungen stattfinden, die aufzeigen sollen, inwiefern Sozialwissenschaften durch einen umfassenderen und systemischen Ansatz gefördert werden können. Je nach Machbarkeit könnten dafür für die Periode 2013-2016 zwischen CHF 2-4 Mio. bereitgestellt werden.

3.3.2. SCOPES

SCOPES fördert bilaterale Forschungspartnerschaften von schweizerischen Institutionen und Partnern aus Osteuropa, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und dem Westbalkan. Es werden sämtliche wissenschaftliche Disziplinen gefördert, sofern sie einen Transitionsbezug aufweisen. Themen werden keine vorgegeben.

Seit 1990 unterstützen die DEZA und der SNF das Programm SCOPES. Die sechste Phase läuft Ende 2012 aus. Das DEZA-SNF Programm wird um eine weitere vierjährige Phase verlängert und bis 2016 weitergeführt werden. DEZA und SNF werden für die Periode 2013-2016 insgesamt je CHF 8 Mio. in SCOPES investieren.

Im Zentrum des Programmes stehen folgende Ziele:

- Stärkung von individuellen Kompetenzen von Forschenden in Osteuropa und GUS (u.a. auch Forschungsmanagement)
- Stärkung von institutionellen Fähigkeiten von Forschungseinrichtungen in Osteuropa und GUS

- Bessere Einbindung in internationale Programme und Vernetzung mit anderen Ländern (Europäischer Forschungsraum, internationale Wissenschaftsgemeinschaft)

Die wichtigsten Instrumente sind wie bis anhin:

- a) Gemeinsame Forschungsprojekte («joint research programmes»): Schweizer und osteuropäische Forschergruppen oder Forschungsinstitutionen mit ähnlichen Forschungsgebieten führen gemeinsame Projekte durch. Die Schweizer Forscher übernehmen bei der Planung, Durchführung und Auswertung von gemeinsamen Forschungsarbeiten eine koordinierende und unterstützende Rolle.
- b) Institutionelle Partnerschaften: Schweizer Institute unterstützen Modernisierungsprozesse in Institutionen der Partnerländer.

Der SNF ist für die operationelle Umsetzung des Programmes SCOPES zuständig. Die Gesuche werden dabei von internationalen ExpertInnen bewertet, wobei die Endselektion in Gremien erfolgt, in denen die DEZA Einsitz nehmen kann.

4. Finanzierung 2013-2016

Die DEZA wird auch in Zukunft im bisherigen Rahmen Forschung finanzieren. Es gilt weiterhin der Betrag von CHF 50 Mio. pro Jahr als Richtwert für APD-finanzierte Forschungsinvestitionen.

Bei der Ermittlung der jährlichen Ausgaben sind die effektiven Auszahlungen massgebend. Jährliche Schwankungen sind im Wesentlichen auf den Auszahlungsmodus innerhalb von Projektzyklen zurückzuführen; diese können insbesondere bei längerfristig angelegten Projekten stark variieren.

Forschungsinvestitionsplan 2013-2016 nach Rahmenkrediten (in tausend Franken)

Jahr	Südkredit	Ostkredit	TOTAL
2013	45'000	5'000	50'000
2014	45'000	5'000	50'000
2015	45'000	5'000	50'000
2016	45'000	5'000	50'000

5. Wichtige Akteure in der Entwicklungsforschung

Ausgewählte Akteure	
① Schweizer Forschungsinstitutionen	
Universität Basel	http://www.unibas.ch/
Universität Bern (Centre for Development and Environment(CDE)/ Interdisziplinäres Zentrum für Geschlechterforschung (IZFG))	http://www.unibe.ch/ http://www.cde.unibe.ch/ http://www.izfg.unibe.ch/
Université de Fribourg – Universität Freiburg (Institut für Föderalismus (IFF))	http://unifr.ch/ http://unifr.ch/federalism/
Université de Genève	http://www.unige.ch/
Université de Lausanne	http://www.unil.ch/
Université de Neuchâtel	http://www.unine.ch
Universität St. Gallen (HSG)	http://www.unisg.ch/
Università della Svizzera italiana	http://www.usi.ch/
Universität Zürich (Development Study Group (DSGZ))	http://www.uzh.ch/ http://www.dsgz.geo.uzh.ch/
École Polytechnique Fédérale de Lausanne (EPFL)	http://www.epfl.ch/
Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETHZ)	http://www.ethz.ch/
Institut universitaire de hautes études internationales et du développement (IHEID)	http://graduateinstitute.ch/
Institut de hautes études en administration publique (IDHEAP)	http://www.idheap.ch/
Swiss Tropical and Public Health Institute (Swiss TPH)	http://www.swisstph.ch/
Swiss Peace Foundation	http://www.swisspeace.ch/
Department of Water and Sanitation in Developing Countries (SANDEC), Swiss Federal Institute of Aquatic Science and Technology (EAWAG)	http://www.sandec.ch/ http://www.eawag.ch/
Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa)	http://www.empa.ch/
Berner Fachhochschule (BFH)	http://www.bfh.ch/
Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)	http://www.fhnw.ch/
Fachhochschule Ostschweiz (FHO)	http://www.fho.ch/
Haute école spécialisée de la Suisse occidentale (HES-SO) – Fachhochschule Westschweiz	http://www.hesso.ch/
Hochschule Luzern	http://www.hslu.ch/
Scuola Universitaria Professionale della Svizzera Italiana (SUPSI)	http://www.supsi.ch/
Zürcher Fachhochschule (ZFH)	http://www.zfh.ch/
Agroscope	http://www.agroscope.admin.ch/
Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL)	http://www.fibl.ch/
Paul Scherrer Institut (PSI)	http://www.psi.ch/

② Schweizerischer Nationalfonds (SNF) mit gemeinsamen DEZA-SNF Programmen	
DEZA-SNF Forschungsprogramm Swiss Programme for Research on Global Issues for Development	http://www.r4d.ch/
Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern	http://www.snf.ch/D/international/weltweit/entwicklungslaender/Seiten/default.aspx http://www.kfpe.ch/projects/rpdc/
NCCR Nord-Süd	http://www.north-south.unibe.ch/
SCOPEs	http://www.snf.ch/D/international/europa/sco pes/Seiten/default.aspx
③ Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern (KFPE) (http://www.kfpe.ch/)	
④ Ausgewählte internationale Akteure/ Netzwerke	
Consultative Group on International Agriculture Research (CGIAR) mit <i>Forschungszentren</i> :	http://www.cgiar.org/
<ul style="list-style-type: none"> • Centro Internacional de Agricultura Tropical (CIAT) • Center for International Forestry Research (CIFOR) • Centro Internacional de Mejoramiento de Maíz y Trigo (CIMMYT) • Centro Internacional de la Papa (CIP) • World Agroforestry Centre (ICRAF) • International Food Policy Research Institute (IFPRI) • International Institute of Tropical Agriculture (IITA) • International Rice Research Institute (IRRI) • International Water Management Institute (IWMI) • Bioversity International • WorldFish Center • The International Crops Research Institute for the Semi-Arid Tropics (ICRISAT) • International Center for Agricultural Research in the Dry Areas (ICARDA) • The Africa Rice Center (AfricaRice) • International Livestock Research Institute (ILRI) 	http://www.ciat.cgiar.org/ http://www.cifor.org/ http://www.cimmyt.org/ http://www.cipotato.org/ http://www.worldagroforestrycentre.org/ http://www.ifpri.org/ http://www.iita.org/ http://irri.org/ http://www.iwmi.cgiar.org/ http://www.bioversityinternational.org/ http://www.worldfishcenter.org/ http://www.icrisat.org/index.htm http://www.icarda.cgiar.org/ http://www.warda.cgiar.org/ http://www.ilri.org/
SPLASH European Union Water Initiative, European Research Area Network (EUWI ERA-Net)	http://www.splash-era.net/ http://www.euwi.net/ http://ec.europa.eu/research/era/
Agricultural Research for Development, European Research Area (ERA-ARD)	http://www.era-ard.org/ http://ec.europa.eu/research/era/
International Centre for Integrated Mountain Development (ICIMOD)	http://www.icimod.org/
International Centre of Insect Physiology and Ecology (ICIPE)	http://www.icipe.org/
Integrated Water Resources Management Organization (IWRM)	http://www.iwrm.org/
Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD)	http://www.oecd.org/
World Health Organization (WHO)	http://www.who.int/
The World Bank	http://www.worldbank.org/

United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD)	http://www.unrisd.org/
Drugs for Neglected Diseases Initiative (DNDi)	http://www.dndi.org/
Medicines for Malaria Venture (MMV)	http://www.mmv.org/
Centre for Agricultural Bioscience International (CABI)	http://cabi.org/
The World Vegetable Center (AVRDC)	http://www.avrdc.org/
International Forum of Research Donors (IFORD)	http://www.iford.org
Environment and Development Action in the Third World (ENDA-TM)	http://www.enda.sn/
5 Ausgewählte Forschungspartnerinstitutionen in Entwicklungsländern	
<ul style="list-style-type: none"> • Ifakara Health Research and Development Centre (IHRDC), Ifakara Town, Tanzania http://www.ihl.or.tz/ • Centre for Training and Integrated Research in Arid and Semi-Arid Land (AS-AL) Development (CETRAD), Nanyuki, Kenya http://www.cetrad.org/ • Centre Suisse de Recherches Scientifiques (CSRS), Abidjan, Côte d'Ivoire http://www.csrs.ch/ • International Institute for Water and Environmental Engineering (2iE), Ouagadougou, Burkina Faso http://www.2ie-edu.org/ • Indo-Swiss Collaboration in Biotechnology (ISCB), New Delhi, India/Lausanne, Switzerland http://iscb.epfl.ch/ • Addis Ababa University (AAU) (Department of Economics), Addis Ababa, Ethiopia http://www.aau.edu.et/ http://www.aau.edu.et/index.php/economics-overview • Sustainable Development Policy Institute (SDPI), Islamabad, Pakistan http://www.sdpi.org/ • Kathmandu University (Human and Natural Resource Studies Center (HNRSC), Development Study Group), Dhulikhel, Nepal http://www.ku.edu.np/ http://www.hnrsc.edu.np/ • Asian Institute of Technology (School of Environment, Resources and Development (SERD)), Pathumthani, Thailand http://www.ait.ac.th/ http://www.serd.ait.ac.th/ • American University of Central Asia (AUCA), Bishkek, Kyrgyz Republic http://www.auca.kg/ • Agroecology University Cochabamba (AGRUCO), Cochabamba, Bolivia http://www.agruco.org/ • University of San Simón (UMSS) (Faculty of Agriculture), Cochabamba, Bolivia http://www.umss.edu.bo/ http://www.agr.umss.edu.bo/ • University of San Andrés (UMSA) (Center for Information and Development Studies (CIDES)), La Paz, Bolivia http://www.umsa.bo/ http://www.cides.edu.bo/ • Oswaldo Cruz Foundation (Fiocruz), Rio de Janeiro, Brazil http://www.fiocruz.br/ • International Centre for Diarrhoeal Disease Research, Bangladesh (ICDDR,B), Dhaka, Bangladesh http://www.icddr.org/ • University of the Western Cape (UWC) (School of Public Health), Tygerberg, Republic of South Africa http://www.uwc.ac.za/ 	

6. Organisation und Qualitätssicherung

6.1. Interne Organisation

Das Forschungsdesk der DEZA, verankert in der Sektion Analyse und Politik der Globalen Zusammenarbeit, ist zuständig für alle forschungspolitischen und -strategischen sowie koordinatorischen Aufgaben der DEZA.

Ferner werden operationell knapp 20% des Forschungsportfolios zentral vom Forschungsdesk verwaltet. Dies betrifft die bisherigen Beiträge an verschiedene thematisch offene Nord-Süd-Forschungsprogramme, wie u.a. das NCCR Nord-Süd, das Partnerschaftsprogramm der Fachhochschulen oder den EPFL-Fonds. Künftig werden die Mittel für das DEZA-SNF Forschungsprogramm r4d.ch in der Höhe von durchschnittlich CHF 9 Mio. pro Jahr vom Forschungsdesk verwaltet werden. Die inhaltliche Verantwortung für die fünf thematischen Forschungsmodule liegt bei den thematisch kompetenten Organisationseinheiten. Sie werden die DEZA in den jeweiligen Review-Panels vertreten.

Der grösste Teil des Forschungsportfolios, rund 80%, wird dezentral durch die Organisationseinheiten an der Zentrale oder in den Koordinationsbüros der DEZA verantwortet und verwaltet. Es handelt sich um Forschungsaufträge bzw. Mandate mit einer Forschungskomponente, Forschungsbeiträge an internationale Organisationen bzw. Netzwerke sowie Programmbeiträge im Rahmen der strategischen Schwerpunkte der Globalen Zusammenarbeit, der Regionalen Zusammenarbeit und der Ostzusammenarbeit. Die Linie der Organisationseinheiten trägt die Verantwortung für das Management und die Qualitätssicherung (einschliesslich Ausschreibung/Vergabe, Monitoring, Reporting und Diffusion bzw. Nutzung der Ergebnisse) von Forschungsmandaten und -beiträgen sowie für die Zusammenarbeit mit den Forschungsinstitutionen und die regelmässige Beurteilung dieser Zusammenarbeit.

Eine wichtige Rolle spielen zudem die Netzwerke der DEZA. Ihre Hauptaufgabe ist die Erarbeitung und Weitergabe der guten Fachpraxis in einem bestimmten Thema, wie z.B. Wasser, Gesundheit und Bildung oder in Managementfragen, wie z.B. Finanzen und Qualitätssicherung. Die DEZA-Netzwerke verbinden Mitarbeitende in der Zentrale, den Koordinationsbüros vor Ort, Partnerorganisationen sowie der Forschung. Jedes Netzwerk wird von einer Person («focal point») koordiniert und animiert. Die Netzwerkmitglieder treffen sich alle ein bis zwei Jahre. Sie tauschen sich über elektronische Plattformen aus und stellen Informationen auf dem Internet zur Verfügung.

6.2. Wissenschaftliche Begleitung

Da Programme und Projekte mit Forschungsanteil sehr unterschiedlich konzipiert sind und aufgrund des grossen thematischen Spektrums, ist der Einsatz eines einzigen Gremiums für die wissenschaftliche Begleitung wenig zielführend.

In der Regel werden Forschungsprojekte, die im Rahmen von Programmen ausgeschrieben und realisiert werden, von internationalen ExpertInnen beurteilt. Die DEZA ist in den meisten Fällen in den jeweiligen Auswahlgremien und Review-Panels vertreten.

Für die inhaltliche Qualitätssicherung spielt die Partizipation in internationalen und nationalen Fachgremien (wie CGIAR, AGUASAN, KFPE, IFORD) sowie die Zusammenarbeit mit verschiedenen Kompetenzzentren via «backstopping»-Mandate eine wichtige Rolle.

6.3. Qualitätssicherung

Damit die Forschung ihren Beitrag zur Reduktion von Armut und globalen Risiken sowie zu innovativen Lösungsansätzen für globale Herausforderungen in Entwicklungsländern leisten kann, benötigt sie die erforderlichen Mittel und Forschungsfreiheit in Bezug auf Forschungsfragen und Methodenwahl. Gleichzeitig kann die Forschung nicht als isolierte Aktivität der IZA betrachtet werden. Sie ist vielmehr integraler Bestandteil aller Anstrengungen, Lösungsansätze für drängende globale Herausforderungen zu finden bzw. zu entwickeln. Damit unterliegt die APD-unterstützte Forschung denselben Anforderungen wie andere Aktivitäten der IZA, insbesondere den Anforderungen der Resultate-Orientierung, Wirksamkeit und effizientem Mitteleinsatz.

Es gibt keine spezifischen Instrumente und Abläufe für forschungsbezogene Aktivitäten. Der Kreditantrag ist die Grundlage für die operative, administrative und finanzielle Bewilligung der Beiträge und Aufträge der DEZA und in Kombination mit dem Projektdokument und dem «logical framework» bzw. «result framework» auch die Grundlage für das Monitoring und die Evaluation von Forschungsprogrammen und –projekten bzw. von Entwicklungsprojekten mit einer Forschungskomponente. Daher wird in Zukunft in der Regel auch für alle Forschungsprogramme bzw. -projekte ein «result framework» verlangt.

Die Qualität wird im Rahmen des «Project Cycle Management» (PCM) bzw. des «Core Contribution Management» (CCM) für Strukturbeiträge sichergestellt. Beim PCM handelt es sich um ein integriertes ergebnisorientiertes Managementsystem, das auf einem zyklischen Verständnis von Projekten und Programmen beruht. Das Instrument des CCM wurde entwickelt, um die Verwendung von Strukturbeiträgen trotz begrenzten Steuerungsmöglichkeiten überwachen zu können.

Die Beobachtung und Reflektion bzw. Überprüfung der Ergebnisse und ihrer Nutzung ist Bestandteil des PCM im Rahmen des Wirkungsreporting. Auf der Grundlage der Anforderungen und Instrumente der DEZA sowie der Erfahrungen und Möglichkeiten des Forschungspartners werden in Konsultation mit den Partnern massgeschneiderte Monitoring- und Evaluationstools entwickelt und Prozesse festgelegt.

Die Wirkungsmessung der Schweizer Entwicklungsaktivitäten ist in den letzten Jahren deutlich verbessert worden. So sind neue Instrumente eingeführt worden, wie beispielsweise der jährliche Ergebnisbericht, welcher die Resultatorientierung von Kooperationsstrategien und Kreditanträgen überprüft, der «Annual Progress Report on Gender Equality», welcher die Umsetzung der Genderpolitik der DEZA in Kooperationsstrategien, Beiträgen, Programmen und Projekten beurteilt sowie der alle zwei Jahre erscheinende Wirkungsbericht. Bestehende Instrumente sind verbessert worden, z.B. der Jahresbericht DEZA/SECO, der seit 2009 konsequent auf die Berichterstattung über erreichte Resultate ausgerichtet ist. 2011 legte die DEZA einen zusätzlichen Rechenschaftsbericht vor, der die erreichten Resultate in ausgewählten Prioritätsbereichen der Botschaft 2009-2012 darstellt. Die Unabhängigkeit der Evaluationseinheiten ist gestärkt worden, etwa indem auf Stufe des Generalsekretariats des EDA ein Kompetenzzentrum Evaluation geschaffen wurde. Zudem hat die DEZA in der Laufzeit der letzten Botschaft ihre Schwerpunkte regelmässig überprüft sowie jährlich ungefähr 100 Evaluationen auf den verschiedensten Ebenen der Organisation durchgeführt. Die Evaluation des Forschungsportfolios ist ein Beispiel. Von diesen Änderungen und den Erfahrungen, die mit der Anwendung der neuen Instrumente gemacht werden, können auch die Partner und insbesondere die Forschungspartner der DEZA profitieren, um die Wirksamkeit ihrer Aktivitäten besser überprüfen und beurteilen zu können.

6.4. Wissens- und Technologietransfer und Verbreitung des Wissens

Die Handhabung des Geistigen Eigentums wird für APD-unterstützte Forschung wie folgt geregelt: Jegliches Erzeugnis der Forschung soll dem «open access» Prinzip unterliegen. Somit soll über jedem Erzeugnis ein freies und unbeschränktes Mitbenutzungsrecht zugunsten Dritter eingeräumt werden, soweit kein gewerblicher Zweck angestrebt wird. Werden Schutzrechte über ein Ergebnis aus der Forschung beantragt (durch Marke, Design, Patent, usw.), dann muss eine vorherige Genehmigung bei der DEZA eingeholt werden.

Forschungsergebnisse aus Beitragsprogrammen werden in der Regel von den Forschungsinstitutionen bzw. Forschenden über die üblichen Kanäle veröffentlicht.

Es reicht jedoch nicht, die erarbeiteten Resultate – auch in noch so geeigneter Form – zu verbreiten. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten obliegt es den Forschenden Massnahmen zu treffen, welche das Umsetzen und Anwenden der Resultate zugunsten der Zielgruppen gewährleisten.

In APD-unterstützter Forschung werden der Austausch und die Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren in Praxis und Politik als integraler Teil der Forschungsanstrengung und als iterativer Prozess vorausgesetzt. Es ist ferner wichtig, dass Forschende sich mit den potentiellen Auswirkungen der erwarteten Ergebnisse für die Lösung globaler Probleme in Entwicklungsländern bzw. mit dem Nutzen der erwarteten Ergebnisse für arme Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern und potentiellen Anwendungsmöglichkeiten der Resultate in Praxis und Politik von Beginn an auseinandersetzen. In Zukunft soll für alle Forschungsprojekte ein Kommunikations- und Umsetzungsplan verlangt werden; 10 bis 15% des Budgets eines Projektes sollten hierfür eingesetzt werden.

Vorgesehen ist, dass Forschungsinstitutionen ein bis zwei Mal pro Jahr in formellen Kontakt mit entweder der finanzierenden Sektion oder dem finanzierenden Koordinationsbüro sowie mit den inhaltlich interessierten Netzwerken und Sektionen treten. Die gegenseitigen Erwartungen sollen ausgetauscht sowie innovative und relevante Forschungsergebnisse präsentiert, diskutiert, gemeinsam bewertet und schliesslich sinnvoll in «policy briefs» dokumentiert und verbreitet werden.

Forschungsergebnisse, die innovativ und für die Aktivitäten der DEZA relevant sind, können von den zuständigen Einheiten auf den «sharewebs» der thematischen Netzwerke allgemein zugänglich gemacht oder durch andere geeignete Instrumente publiziert werden. Ausserdem können sie im Rahmen von Netzwerksitzungen sowie internen und öffentlichen Veranstaltungen der Netzwerke präsentiert und diskutiert werden.

Die Abteilung Wissens- und Lernprozesse der DEZA unterstützt die operationellen Einheiten, Netzwerke und Beitragsempfänger bei Bedarf beim Wissensaustausch resp. der Wissensaufbereitung, wie zum Beispiel im Rahmen von Inputs und Workshops.

7. Abkürzungsverzeichnis

APD	Aide publique au développement (öffentliche Entwicklungshilfe)
ARE	Bundesamt für Raumentwicklung
ASTRA	Bundesamt für Strassen
BABS	Bundesamt für Bevölkerungsschutz
BAFU	Bundesamt für Umwelt
BAG	Bundesamt für Gesundheit
BASPO	Bundesamt für Sport
BBT	Bundesamt für Berufsbildung und Technologie
BFE	Bundesamt für Energie
BFI	Bildung, Forschung und Innovation
BFS	Bundesamt für Statistik
BFT	Bildung, Forschung und Technologie
BLW	Bundesamt für Landwirtschaft
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
CCM	Core Contribution Management
CGIAR	Consultative Group on International Agricultural Research
CHF	Schweizer Franken
DAC	Development Assistance Committee der OECD
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EPFL	Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
ETHZ	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
EU	Europäische Union
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
F+E	Forschung und Entwicklung
FIFG	Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz
FLAG	Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget
GPK-N	Nationalrätliche Geschäftsprüfungskommission
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IFORD	International Forum for Research Donors
IHEID	Institut de hautes études internationales et du développement
IICEE	Interfakultäres Institut für Ost- und Ostmitteleuropa (Universität Freiburg)
ILO	International Labour Organization
IP	Institutionelle Partnerschaften
ISO	Internationalen Organisation für Normung
IZA	Internationale Zusammenarbeit
KFPE	Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern
KTI	Kommission für Technologie und Innovation
NCCR	National Centre of Competence in Research
NFS	Nationaler Forschungsschwerpunkt
NFP	Nationales Forschungsprogramm
NRO	Nichtregierungsorganisation
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
PCM	Project Cycle Management
PD	Politische Direktion
RRPP	Regional Research Promotion Programme
RFPP	Research Fellow Partnership Program
SBF	Staatssekretariat für Bildung und Forschung
SCNAT	Akademie der Naturwissenschaften
SCOPES	Scientific Cooperation between Eastern Europe and Switzerland
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SPLASH	European Union Water Initiative Research Area Network
SNF	Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
SR	Systematische Rechtssammlung
SWTR	Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat
UNO	United Nations Organisation

8. Anhang

8.1. Definition der Forschung der Bundesverwaltung

Die Forschung der Bundesverwaltung wird gemeinhin als „Ressortforschung“ bezeichnet. Es handelt sich dabei um Forschung, deren Ergebnisse von der Bundesverwaltung resp. der Bundespolitik für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt werden oder die sie initiiert, weil sie im öffentlichen Interesse liegt. Sie umfasst im Einzelnen

- (1) Forschung intramuros der Bundesverwaltung, bzw. den Betrieb von bundeseigenen Forschungsanstalten,
- (2) die Durchführung eigener Forschungsprogramme, namentlich in Zusammenarbeit mit Hochschulforschungsstätten, Forschungsförderungsinstitutionen, der Kommission für Technologie und Innovation KTI oder weiteren Förderorganisationen,
- (3) Beiträge an Hochschulforschungsstätten für die Durchführung von Forschungsprogrammen, soweit diese der Erfüllung der Aufgaben der Bundesverwaltung dienen, sowie
- (4) Aufträge der Bundesverwaltung an Dritte.

Nicht zur „Ressortforschung“ gehören die Ausgaben der vom Bund finanzierten Hochschulen und deren Annexanstalten, Beiträge des Bundes an den Schweizerischen Nationalfonds SNF, die Kommission für Technologie und Innovation KTI und an wissenschaftliche Institutionen gemäss Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz FIFG ([SR 420.1](#)) (Akademien, wissenschaftliche Hilfsdienste, etc.), sowie Beiträge an internationale wissenschaftliche Institutionen und Organisationen.

8.2. Gesetzlicher Auftrag

Das Engagement des Bundes in der Forschung und Forschungsförderung wird durch Art. 64 der Bundesverfassung ([SR 101](#)) legitimiert, indem der Bund die wissenschaftliche Forschung und die Innovation fördert, bzw. Forschungsstätten errichten, übernehmen oder betreiben kann. Die Forschungsaktivitäten der Bundesverwaltung werden im geltenden Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz FIFG ([SR 420.1](#)) weiter präzisiert: Die Bundesverwaltung ist ein Forschungsorgan, soweit sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben selbst Forschung durchführt, Forschung in Auftrag gibt oder unmittelbar unterstützt oder weitere Forschungsmassnahmen trifft, bzw. Aufgaben der Innovationsförderung wahrnimmt (Art. 5, Buchstabe c). Der Bund fördert die Forschung nach dem FIFG und Spezialgesetzen durch direkte Beiträge und andere Massnahmen der Bundesverwaltung (Art. 6, Abs. 1, Buchstabe e). Die Departemente können für Aufgaben im öffentlichen Interesse Forschungsaufträge erteilen oder sich an den Kosten von Forschungsvorhaben beteiligen (Art. 16, Abs. 5). Mit Art. 24 werden die Forschungsorgane verpflichtet, Mehrjahresprogramme zu erstellen, in welchen sie Auskunft über die beabsichtigten Forschungstätigkeiten geben (vgl. [Forschungs- und Innovationsförderungsverordnung V-FIFG](#), Art. 12).

Spezialgesetzliche Grundlagen

Neben der übergeordneten Verankerung im FIFG ist die Forschung der Bundesverwaltung auf rund 40 spezialgesetzliche Bestimmungen abgestützt. In diesen werden direkte Forschungsaufträge oder Finanzierungsverpflichtungen durch den Bund vorgegeben, bzw. direkte Evaluations-, Erhebungs- oder Prüfungsaufträge formuliert, welche entsprechende wissenschaftliche Arbeiten voraussetzen.

Zudem werden Forschungsaufgaben in zahlreichen den Gesetzen zugehörigen und weiteren Verordnungen präzisiert. Darüber hinaus setzt selbst dort, wo kein expliziter gesetzlicher Auftrag zur Forschung besteht, die Anwendung und Umsetzung geltenden Rechts oft Fachwissen voraus, welches aktuell sein soll und daher mittels Forschung erarbeitet werden muss (z.B. beim Erlass von Richtlinien und Verordnungen). Deshalb sind Forschungsverpflichtungen auch oft Teil des Leistungsauftrags von FLAG-Ämtern oder sie werden in departementalen Organisationsverordnungen für die verschiedenen Ämter festgelegt.

Verpflichtungen aus internationalen Vereinbarungen und parlamentarischen Aufträgen

Neben den spezialgesetzlichen Bestimmungen enthalten oder implizieren auch rund 90 internationale Verträge, Konventionen oder Mitgliedschaften Verpflichtungen zur Forschung oder zu nationalen Forschungsanstrengungen in den jeweils relevanten Themenfeldern. Aber auch in Fällen, wo keine expliziten Forschungsverpflichtungen aus Verträgen existieren, ist die in Auftrag gegebene Forschung für einige Ämter zentral, um notwendige internationale Kontakte aufrecht erhalten zu können. Die Forschung der Bundesverwaltung ermöglicht so einen Austausch auf gleicher „Augenhöhe“, dem die eigenen aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu Grunde liegen.

Vom Parlament selbst werden durch parlamentarische Initiativen, Motionen, Postulate, Interpellationen oder Anfragen Aufträge zur Erarbeitung von Entwürfen für Erlasse, zur Erarbeitung von Prüfungsberichten und Auskünften erteilt, deren Behandlung eine mehr oder weniger grosse Aktivität in der Forschung der Bundesverwaltung nach sich ziehen kann.

Eine Übersicht über die Spezialgesetze, die internationalen Verpflichtungen und parlamentarischen Aufträge ist im Bericht des Steuerungsausschusses-BFT „[Ressortforschung: Finanzielle Gesamtlage 2004-2007 und spezialgesetzliche Voraussetzungen](#)“ aus dem Jahr 2008 enthalten.

8.3. Koordination der Forschung der Bundesverwaltung

Steuerungsausschuss-Bildung-Forschung-Technologie

Der Steuerungsausschuss-Bildung-Forschung Technologie (Steuerungsausschuss-BFT) wurde im Zuge der Reorganisation des Bereichs 'Bildung, Forschung und Technologie' 1997 durch den Bundesrat eingesetzt. Das Präsidium des Steuerungsausschusses-BFT wird durch die Direktorinnen/Direktoren des Staatssekretariates für Bildung und Forschung (SBF) und des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) gebildet. Es nimmt für den Bundesrat allgemeine Steuerungsaufgaben in Zusammenhang mit der Forschung der Bundesverwaltung wahr, namentlich bei der Koordination der Forschungskonzepte¹⁶ sowie bei Fragen der Qualitätssicherung.¹⁷ Es unterstützt die Bundesämter bei der Umsetzung der Qualitätssicherungsrichtlinien und kann Evaluationen initiieren.

Die Mitglieder des Steuerungsausschusses-BFT sind die Direktorinnen/Direktoren der Bundesämter mit eigener Forschung, der Bundeskanzlei und der eidg. Finanzverwaltung sowie je ein Vertreter des Schweizerischen Nationalfonds SNF, der Kommission für Technologie und Innovation KTI und des Rats der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH-Rat). Der Steuerungsausschuss-BFT stellt die strategische Koordination der Forschung der Bundesverwaltung sicher und unterstützt sein Präsidium in der Wahrnehmung der Verantwortung für das Gesamtsystem. Er verabschiedet Richtlinien auf Vorschlag des Präsidiums, nimmt Aufgaben wahr bei der Auswahl von Nationalen Forschungsprogrammen NFP und Nationalen Forschungsschwerpunkten NFS und erhebt jährlich den Forschungsaufwand und den Budgetrahmen der For-

¹⁶ „Grundsätze für die Erstellung der Konzepte 2013 – 2016 betreffend die Forschungsaktivitäten der Bundesverwaltung in den 11 Politikbereichen“, Steuerungsausschuss-BFT, Mai 2011.

¹⁷ „[Qualitätssicherung in der Ressortforschung des Bundes](#)“, Richtlinien des Steuerungsausschusses-BFT, November 2005.

schungskredite der Bundesverwaltung für die Berichterstattung an den Bundesrat. Zudem informiert er den Bundesrat über laufende und geplante Massnahmen im Bereich der Forschung der Bundesverwaltung wie Evaluationen und Aktivitäten im Zusammenhang mit parlamentarischen Vorstössen, etc.

Die ämter- und departementsübergreifende Steuerung der finanziellen Ressourcen der Forschung der Bundesverwaltung fällt allerdings nicht in den Aufgabenbereich des Steuerungsausschusses-BFT. Letztmals wurde im Jahr 2006 eine entsprechende Empfehlung der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates GPK-N zur Steuerung der Ressourcen in der Forschung der Bundesverwaltung durch den Bundesrat abgelehnt.¹⁸ Diese Steuerung muss in letzter Verantwortung durch das Parlament über die Genehmigung der jeweiligen spezifischen Forschungskredite der Ämter erfolgen und kann mit dem heutigen Verfahren vom Parlament im Rahmen der jährlichen Budgetentscheide effizient wahrgenommen werden.

Koordinationsgruppe, Sekretariat des Steuerungsausschusses-BFT

Für die Vorbereitung seiner Geschäfte unterhält der Steuerungsausschuss-BFT eine Koordinationsgruppe, in welche die Forschungsverantwortlichen der Bundesämter Einsitz nehmen. Die Koordinationsgruppe wird durch das Sekretariat des Steuerungsausschusses-BFT geleitet, welches am Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF angesiedelt ist. Das Sekretariat wiederum sichert den Informationsfluss zwischen den Mitgliedern und dem Präsidium des Steuerungsausschusses-BFT und betreut seine Geschäfte. Es ist zuständig für die Website www.ressortforschung.admin.ch, welche Kurzinformationen zu Schwerpunkten der Forschung in den Politikbereichen, die aktuellen Forschungskonzepte, Links zu den Forschungsseiten der Bundesämter und die Dokumentation über die rechtliche Abstützung der Forschung abbildet. Die Sites enthalten auch standardisierte und jährlich von den in den Politikbereichen federführenden Ämtern aufdatierte Fact Sheets, welche die Öffentlichkeit über erfolgreich verlaufene Forschungstätigkeiten („success stories“) sowie über die finanziellen Ressourcen informieren.

Datenbank ARAMIS

Das Informationssystem ARAMIS (www.aramis.admin.ch) enthält Informationen über Forschungsprojekte und Evaluationen, die der Bund selber durchführt oder finanziert. Eingeführt wurde das System 1997 als Folge von mehreren parlamentarischen Vorstössen, die mehr Transparenz und eine Verbesserung der Kooperation in der Forschung der Bundesverwaltung verlangten. Die Ziele und Aufgaben des Systems werden in der Verordnung über das Informationssystem ARAMIS betreffend Forschungs- und Entwicklungsprojekte des Bundes ([SR 420.31](#)) beschrieben: (1) Sichtbarmachen der Forschungstätigkeiten und der Evaluationen der Bundesverwaltung (*Transparenz*), (2) *Vermeidung von Doppelspurigkeiten* und (3) Werkzeug für die Bundesstellen zur einfachen Verwaltung von Forschungsprojekten (*Managementinstrument*).

Das Informationssystem funktioniert als eine einfache Datenbankanwendung, in welcher alle Forschungsvorhaben und Wirksamkeitsüberprüfungen/Evaluationen der Bundesverwaltung als einzelne oder miteinander verknüpfte Projekte abgebildet werden. ARAMIS dient daher als ein Pfeiler in die Qualitätssicherung in der Forschung der Bundesverwaltung und ist entsprechend in den Richtlinien des Steuerungsausschusses-BFT über die Qualitätssicherung verankert. Für die Koordination der Forschung unter den Bundesstellen werden auf der Basis von ARAMIS jährlich detaillierte Informationen über die Art der Forschung (intramuros, Forschungsaufträge und -beiträge), die Auftragsnehmer sowie die Aufwände der Ämter im Rahmen der Forschungskonzepte zuhanden des Steuerungsausschusses-BFT zusammengestellt. Damit wird garantiert, dass dieser jährlich über die Mittelentwicklung und -einsetzung bei den einzelnen Ämtern informiert ist und dass er die Forschungsplanung und den effizienten Mitteleinsatz unterstützen kann.

¹⁸ BBI 2007 847 (<http://www.admin.ch/ch/d/ff/2007/847.pdf>).

Gliederung der Forschung der Bundesverwaltung in Politikbereiche zur verbesserten Koordination

Die Forschung der Bundesverwaltung wird im Interesse der guten Koordination und Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Bundesstellen nach politischen Bereichen gegliedert. Die Politikbereiche, für die eine strategische Forschungsplanung zu erstellen ist, werden vom Bundesrat im Rahmen der jeweiligen Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation festgelegt (vgl. FIG Art. 24). Dazu erarbeiten die betroffenen Bundesstellen unter der Leitung eines federführenden Bundesamtes vierjährige Forschungskonzepte unter Einbezug von externen Fachexperten, bzw. von wissenschaftlichen Begleitkommissionen. Seit der BFI-Periode 2004-2007 wurden für die folgenden 11 Politikbereiche Forschungskonzepte erstellt: 1. Gesundheit (Federführung BAG), 2. Soziale Sicherheit (BSV), 3. Umwelt (BAFU), 4. Landwirtschaft (BLW), 5. Energie (BFE), 6. Nachhaltige Raumentwicklung und Mobilität (ARE), 7. Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), 8. Sicherheits- und Friedenspolitik (W+T, BABS, EDA/PD), 9. Berufsbildung (BBT), 10. Sport und Bewegung (BASPO), 11. Nachhaltiger Verkehr (ASTRA).

Im Rahmen der Erarbeitung der Forschungskonzepte 2013-2016 hat die Koordinationsgruppe des Steuerungsausschusses-BFT (1) die geplante Zusammenarbeit bei den Forschungsschwerpunkten in der Periode 2013-2016 identifiziert sowie rückblickend (2) die erfolgten Kooperationen und (3) die gegenseitige Vertretung in Leistungs-, Steuerungs- und Projektgruppen/Kommissionen in der Periode 2008-2011 eruiert. Die Resultate der Erhebung sind in der nachfolgenden Tabelle überblicksmässig abgebildet. Der Überblick zeigt, dass Kooperationen unter den Bundesstellen mannigfach erfolgen.

Matrix: X geplante Zusammenarbeit 2013-2016; O erfolgte Zusammenarbeit 2008-2011; + Einsitz Kommissionen, etc.

FEDERFÜHREND	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	Ausserhalb
Politikbereich:	Gesundheit	Soziale Sicherheit	Umwelt	Landwirtschaft	Energie	Nachhaltige Raumentwicklung & Mobilität	Entwicklung & Zusammenarbeit	Sicherheits- & Friedenspolitik	Berufsbildung	Sport und Bewegung	Nachhaltiger Verkehr	Forschungskonzept
Amt												
BAG		X O	X O+	X O+						X O+		X O+
BSV	+											X +
BAFU	X O+	X		X	X	X	X	X	X	X	X	X O+
BLW / Agroscope	X O+	X	X O+		X O+	X+	X O+		X			X O+
BFE	O		O+	O+	+	O+	O+					
ARE			X	X	X					X	X	X
DEZA	X O+		X O+	X O	X O+				X O+			X O+
amasuisse								X				
BABS	X O		X O	X				X O				X O
ASIK								X				
BBT									X			+
BASPO	X O+		X O+			O+						
ASTRA	X O		X O		X O	X O+			X O	X O	X O	X O

Einige Bundesämter haben bei der Erhebung nur rückblickend die Periode 2008-2011, bzw. zukunftsgerichtet die Periode 2013-2016 berücksichtigt. Es besteht daher keine Gewähr auf Vollständigkeit.

8.4. Evaluation der Qualitätssicherung und Nutzung der Ergebnisse in der Forschung der Bundesverwaltung

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates (GPK-N) empfahl im Bericht 'Steuerung der Ressortforschung des Bundes' vom 23. August 2006,¹⁹ die Umsetzung der vom Steuerungsausschuss-BFT im Jahr 2005 erlassenen Qualitätssicherungsrichtlinien¹⁷ in der Forschung der Bundesverwaltung zu evaluieren, wozu der Bundesrat in seiner Antwort vom 15. Dezember 2006 zusagte. Der Steuerungsausschuss-BFT hat die beiden Evaluationsobjekte 'Umsetzung der Qualitätssicherungsrichtlinien der Forschung bei den Ämtern' und die 'Nutzung der Forschungsergebnisse der Forschung der Bundesverwaltung in den jeweiligen Kontexten' festgelegt und entschied, die Evaluation entsprechend den internationalen Standards in Form einer internen Selbstevaluation und einer externen Evaluation durchzuführen. Der Schweizerische Wissenschafts- und Technologierat SWTR wurde vom Steuerungsausschuss-BFT mit der Durchführung der externen Evaluation unter Einbezug internationaler Experten mandatiert.

Die Evaluationsergebnisse zeigen, dass die Qualitätssicherung in den Ämtern, welche zusammen mehr als 90% der Forschungsinvestitionen des Bundes tätigen, nach Grundsätzen erfolgt, die in den Richtlinien des Steuerungsausschusses-BFT festgehalten sind.²⁰ Verbesserungsbedarf ist bei denjenigen Bundesstellen gegeben, welche nur gelegentlich und mit geringem finanziellem Aufwand Forschung betreiben. Die vom Steuerungsausschuss-BFT erlassenen Richtlinien für die Qualitätssicherung haben in der Praxis ihre Nützlichkeit bewiesen, insbesondere in denjenigen Fällen, in denen die Qualitätssicherung auf Stufe Bundesstellen noch wenig entwickelt war. Der Nutzung der Forschungsergebnisse wird in der Praxis von den Bundesstellen eine grosse Aufmerksamkeit geschenkt. Das Wissen über die tatsächliche Nutzung in einzelnen Projekten und Programmen ist bei den Verantwortlichen gross. Ebenso kennen sie die Voraussetzungen zur Schaffung optimaler Nutzungsbedingungen sehr gut. Jedoch wird nur in seltenen Fällen das Wissen über die Resultatnutzung konzeptgeleitet und systematisch erhoben sowie ausgewertet. Der SWTR empfiehlt abgestützt auf die Expertenmeinung, (1) die spezifische Qualitätssicherung innerhalb der Bundesstellen unter Einbezug des Steuerungsausschusses-BFT weiter voranzutreiben und zu konsolidieren, (2) die Qualitätssicherung explizit und mit konkreten Zielen für die jeweilige Planungsperioden in die Forschungskonzepte aufzunehmen, (3) den vermehrten Einsatz von wissenschaftlichen Begleitgruppen, (4) den Aufbau eines Systems für Berichterstattung und das Controlling der Ergebnisnutzung sowie (5) das verstärkte Zusammenwirken mit Forschenden an Hochschulen und die Gelegenheit zur Weiterbildung zu nutzen. Der Steuerungsausschuss-BFT hat in seinem Abschlussbericht zur Evaluation Massnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen vorgeschlagen.

¹⁹ BBI 2007 771 (<http://www.admin.ch/ch/d/ff/2007/771.pdf>).

²⁰ Abschlussbericht des Steuerungsausschusses-BFT «[Evaluation der Umsetzung der Qualitätssicherungsrichtlinien und der Nutzung der Forschungsergebnisse in der Ressortforschung](#)» vom April 2010.

Impressum

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten EDA

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

3003 Bern

www.eda.admin.ch

Bestellungen:

Tel. 031 322 44 12

E-mail: info@deza.admin.ch

Kontakt:

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA

Dominique Simone Rychen

Analyse und Politik

Tel. +41 31 322 10 70

Email: dominique-simone.rychen@deza.admin.ch

Diese Publikation ist auch auf Französisch und Englisch erhältlich und kann unter www.deza.admin.ch/Publikationen in elektronischer Form bezogen werden.

Bern, 2012